



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

SOZIALER WANDEL UND PROTESTPOTENTIAL REGIONALWAHLEN IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Sozialer Wandel und politische Dynamik in Russland 2011/12		2
Jens Siegert, Moskau		
■ ANALYSE		
Das Russische Protestpotential: Durch welche Faktoren wird die Protestbereitschaft der russischen Bürger beeinflusst?		5
Astrid Rütter, Bielefeld		
■ ANALYSE		
14. Oktober 2012: Tag der Stimmenabgabe »per Rundfahrt«		9
Alexander Kynev, Moskau		
■ TABELLEN ZUM TEXT		
Ergebnisse der Gouverneurswahlen		12
Ergebnisse der Wahlen zu den Regionalparlamenten		13
■ UMFRAGE		
Medwedew als Ministerpräsident im Vergleich mit seinen Vorgängern		14
Zensuren für die Staatsführung		15
Würden Sie Wladimir Putin gerne heiraten?		17
■ CHRONIK		
Vom 4. bis zum 18. Oktober 2012		18
■ LESEHINWEIS		
Abstracts der Artikel von Osteuropa 6–8/2012 – »Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland«		21

Sozialer Wandel und politische Dynamik in Russland 2011/12

Jens Siegert, Moskau

Zusammenfassung

Die Gesellschaft in Russland hat sich in den vergangenen Jahren weit stärker verändert, als von außen wahrgenommen wurde. Im Laufe dieses Wandels wurden zunehmend Widersprüche sichtbarer, die Politik und Sozialentwicklung nachhaltig prägen. Die beiden wichtigsten politischen Ziele Putins – wirtschaftliche Modernisierung und Machterhalt – stehen zueinander in einem Gegensatz. Die Gesellschaft ist sozial und geographisch gespalten, aber auch soziokulturell: ein modern-postmodernes und profanes und ein vormodern-patriarchalisches, tief religiöses Russland stehen sich gegenüber. Die Bedeutung dieser Faktoren für die aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklung wurde aber erst durch den Protest des Winters 2011/12 allgemein deutlich. Heute sieht eine zunehmende Zahl von Menschen in Russland Putin nicht mehr als den Mann, der in der Lage ist, die »verabredete« Ordnung und Wohlstand zu schaffen. Das System verliert an Glaubwürdigkeit und zugleich kehrt Politik als öffentliche Machtauseinandersetzung nach Russland zurück. Bis vergangenen Herbst gingen die meisten Beobachter davon aus, dass die Entwicklung von einem »Trägheitsszenario« bestimmt wird. Wesentliche Änderungen im Putinschen System schienen unwahrscheinlich. Die Beschleunigung der politischen Entwicklungen seit Herbst 2011 haben diese Überlegungen nun viel schneller als erwartet obsolet werden lassen.

Politische Beschleunigungen

In den ersten zehn Jahren nach dem Amtsantritt Wladimir Putins Ende 1999 waren viele russische NGOs in einer widersprüchlichen Situation. Unabhängige NGOs wurden vom Staat einerseits als Bedrohung wahrgenommen, als Vehikel für einen Sturz des Regimes. Andererseits dienten sie dem Kreml als Kommunikationsstrang in die Gesellschaft, da alle anderen Kanäle (Parlament, politische Parteien, Massenmedien) dem Willen der Obrigkeit unterworfen worden waren, der Staatsspitze also nur die eigenen ideologischen Vorgaben widerspiegelten. Dieser Doppelcharakter prägte das Verhältnis Staat-NGOs bis in die institutionellen Regelungen hinein.

Doch im Herbst und Winter 2011 geriet die Situation in Bewegung. Zwei Ereignisse spielten dabei eine herausragende Rolle: die Ankündigung von Putins Wiederkehr als Präsident am 24. September 2011, und am 5. Dezember die Festnahmen von mehreren Hundert Personen, die gegen die massiven Fälschungen bei der Dumawahl am Tag zuvor protestierten. Die Hybris von Putins Rückkehrentscheidung war der Auslöser breiten gesellschaftlichen Unmuts. Die Bedeutung von Wahlen als Ausgangspunkt für politischen Protest war zudem von den Machthabern (aber auch von großen Teilen der Opposition und den meisten Beobachtern) sträflich unterschätzt worden. Das verwundert vor allem angesichts der Rolle, die manipulierte Wahlen im vergangenen Jahrzehnt bei der Entstehung gesellschaftlicher Protestbewegungen in vielen Ländern gespielt haben. Letztlich haben sie auch zu Machtwechseln und der Ablösung semiautoritärer Regime geführt. Eine

Erklärung für diese Art kollektiver Blindheit mag in der überwiegenden Wahrnehmung von Geschichte als (Zeit-)Kontinuum liegen. In Wirklichkeit aber »springt« Geschichte, macht größere und kleinere Hüpfen, in denen sich Entwicklungsprozesse gleichsam beschleunigen. Das gilt besonders für erstarrte politische Systeme (wie es das russische zunehmend ist), die nicht mehr die Fähigkeit oder den Willen haben, auf politische Herausforderungen rechtzeitig und angemessen zu reagieren. Die Gesellschaft in Russland hat sich in den vergangenen Jahren im Innern weit stärker verändert, als oben, auf der Oberfläche zu sehen war. Drei Prozesse, die selbstverständlich nicht völlig unsichtbar waren, deren Bedeutung für die aktuelle gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen aber erst durch den Protest allgemein deutlich wurde, möchte ich besonders hervorheben.

Ich beginne mit dem, was ich »Putins Dilemma« nenne: Die wirtschaftliche Modernisierung des Landes war, als Voraussetzung zur Wiedererlangung der Großmachtrolle Russlands, von Anfang an Teil der Putinschen Agenda. Allerdings wurde sie immer wieder dem Machterhalt untergeordnet. Auf jede Krise reagierte Putin mit dem Abbau von Beteiligungsrechten und einem Ausbau autoritärer Strukturen. Spätestens mit der Wirtschaftskrise 2008/9 zeigte sich dann, dass eine durchgreifende wirtschaftliche Modernisierung ohne eine politische Öffnung des Systems kaum gelingen kann. Die Enttäuschung über die insbesondere durch Medwedews Modernisierungsrhetorik geweckten Hoffnungen führte dazu, dass sich schon vor den Protesten ab Dezember 2011 immer mehr mobile, aktive, jüngere und gut ausgebildete

Menschen von Putin abwendeten. Genau diese Menschen aber werden für eine Modernisierung gebraucht.

Ein weiterer wichtiger Prozess ist die zunehmende Spaltung der russischen Gesellschaft, wie sie zum Beispiel Natalja Subarewitsch in ihrem Modell von den »vier Russland«, die eher nebeneinander als miteinander leben, eindrucksvoll beschreibt. Es sind dies: die modernen Megapolen Moskau und St. Petersburg sowie einige andere Millionenstädte (in denen eher gegen Putin gestimmt wird); die veralteten Industriezentren und die sogenannten Monostädte (die eher für Putin stimmen, weil Staatstransfers ihren bescheidenen Wohlstand sichern); die Kleinstädte und Dörfer, aus denen die jungen Menschen fortgehen und in denen die Alten früh sterben (hier gibt es kaum noch Hoffnung); die nationalen Republiken und Gebiete, deren soziokulturelle Strukturen sich vom Rest des Landes erheblich unterscheiden (die als Loyalitätsbezeugung eher für diejenigen stimmen, die in Moskau an der Macht sind).

Der dritte, vielleicht noch wichtigere Prozess dürfte die zunehmende soziokulturelle Spaltung in ein modern-postmodernes und profanes und ein vormodern-patriarchalisches, tief religiöses Russland sein. Diese beiden Russland befinden sich auf dem Weg zu einem Kulturkampf, der die alte Gegnerschaft zwischen »Westlern« und Slawophilen« unter neuen Bedingungen wieder aufleben lässt. Putin befördert diesen Kulturkampf und setzt ihn immer stärker als Mittel zum Machterhalt ein. Jüngstes Beispiel ist der Fall Pussy Riot, in dem der Kreml geschickt die Empörung über die »Entweihung« einer Kirche gegen die Opposition als Ganzes zu wenden verstand. Zwar ist Putin auch für viele, die eher vormodern-patriarchalischen Werten zuneigen, nicht mehr der segensreiche Führer, der das Land aus einer glorreichen Vergangenheit in eine glorreiche Zukunft führt. Wohl aber versteht er es immer noch erfolgreich, als letzte Bastion gegen die (aus Richtung Westen) vorrückende Moderne mit allen damit verknüpften Zumutungen und Ängsten zu wirken.

Auf der anderen, der modernen und postmodernen Seite der russischen Gesellschaft hat ein mit der Zeit stärker werdendes Bedürfnis nach klaren Regeln und funktionalen staatlichen Instituten zu einer wachsenden Entfremdung von Putin geführt. Der Protest gegen Putin ist auch ein Protest gegen überkommene patriarchalische Formen und Hierarchien, die nicht nur als zunehmend dysfunktional, sondern zudem als kulturell fremd und einengend empfunden werden. Der Protest gefährdet zudem das unausgesprochene, aber für alle offensichtliche Politikverbot.

Der Bürger als politisches Subjekt

Putins Legitimität speist sich einerseits aus den Wahlen, die aber mit zunehmender Amtszeit immer unfairer

geworden sind, und andererseits aus einer Art »Gesellschaftsvertrag«. Dieser informelle, ja niemals explizit ausgesprochene Deal ließe sich verkürzt »Freiheit gegen Frieden und Wohlstand« nennen. Man könnte auch sagen, dass Putin vor einem guten Jahrzehnt dazu angeheuert wurde, das aus den Fugen geratene Russland wieder zu zusammen zu setzen. Er nannte das zu Beginn seiner Präsidentschaft »die Machtvertikale wieder herstellen« und »Diktatur des Gesetzes«. Vor die von Putin behauptete schicksalhafte Alternative zwischen seiner Herrschaft und dem Zerfall des russischen Staates gestellt, fielen für die eine Mehrheit der Menschen in Russland »Moral« und »Politik« zusammen. Die moralische Legitimation Putins bestand in seiner politischen Funktion, Einheit und Ordnung zu stiften und Ordnung zu halten. Auch deshalb konnte er ohne Legitimitätsverlust demokratische Institute wie Wahlen, Parlament, unabhängige Jurisdiktion und Presse abschaffen oder soweit aushöhlen, dass sie ihre Funktionen der gegenseitigen Kontrolle verlieren.

Heute aber, das haben die Proteste des vergangenen Jahres ans Licht gebracht, sieht eine zunehmende Zahl von Menschen in Russland Putin nicht mehr als den Mann, der in der Lage ist, die »verabredete« Ordnung und Wohlstand zu schaffen oder zu wahren. Auch daher rührt die Sprengkraft des Wahlbetrugs im Winter 2011/2012. In solchen Krisenzeiten erscheinen dann neue gesellschaftliche und auch politische Akteure wie aus dem Nichts.

Wichtigstes Element der Putinschen Herrschaft ist ein Politikverbot. Der Sinn der »gelenkten Demokratie« ist, dass es keine unabhängigen politischen Kräfte außerhalb des Kremls geben darf. Entsprechend durfte sich unabhängige Opposition nur jenseits von »Politik« (hier verstanden als die öffentliche Auseinandersetzung um Macht) artikulieren. Wer sich nicht daran hielt, wurde marginalisiert oder war mit der Zeit immer schärferen staatlichen Repressionen ausgesetzt. In dieser Situation wurden die NGOs, deren Arbeit erst einmal als »nicht politisch« gilt, zu einer Art Ersatzopposition, wenn auch mit stark eingeschränkten Funktionen. Vor allem NGOs boten so vom Staat geduldete öffentliche Räume, in denen unter dem Deckmantel, dass man sich ja nicht politisch betätige, über Politik diskutiert und, wenn auch in engen Grenzen, politisch gehandelt werden konnte. In den vergangenen Jahren haben die sich rasant ausweitenden sozialen Netzwerke im Internet einen immer größer werdenden Teil dieser Funktion übernommen. Der Staat ließ diesen Freiraum zu, solange aus seiner Sicht von dort keine Gefahr für den Machterhalt drohte. Diese Zeit könnte bald vorbei sein.

Aus der Not, keine politische Autorität zu haben, machten und machen die »unpolitischen« NGOs in

Russland also eine Tugend: Sie verstehen sich meist nicht als »politisch«, sondern von vornherein als »moralisch«. Diese Moral erlangt im günstigsten Fall politische Autorität, die sich im Erfolgsfall im Entstehen und der Institutionalisierung neuer Normen und Praktiken, mit der Zeit sogar in neuen Institutionen niederschlägt. Der autoritäre Staat reagiert auf diese Nicht-Politik oder Antipolitik immer dann, wenn sie aus seiner Sicht zu öffentlich, zu offen politisch zu werden droht, oder zu wirkungsmächtig. Oder wenn er eine solche Möglichkeit antizipiert, wie beispielsweise 2006, als der russische Staat in der Folge der sogenannten Orangen Revolution in der Ukraine (egal ob die Gefahr nun real ist oder eingebildet war) mit einem verschärften NGO-Gesetz reagierte. Mit solcher Reaktion soll die Politik zurück in den privaten Untergrund gezwungen werden, in dem sie sich konstituierte. Dieses Schema wiederholt sich, solange gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Probleme, die häufig zugleich Beteiligungsprobleme sind, nicht gelöst werden.

NGOs und die politischen Entwicklungen seit Herbst 2011

Die politischen Entwicklungen seit dem Herbst 2011 haben öffentliche Politik nach Russland zurück gebracht. Die NGOs verloren in diesem Prozess sehr schnellweitgehend ihre Funktion als Ersatzopposition, da es nun ja wieder eine echte gab (geben konnte). Viele NGOs wurden dadurch zum Nachdenken über ihre gesellschaftliche und politische Rolle gezwungen. Ihre anfangs wichtigste, weil völlig unerwartete Erfahrung war, dass die plötzliche Wiederkehr öffentlicher Politik nicht zu einem wachsenden Einfluss der NGOs geführt hat, sondern eher zu einem politischen Bedeutungsverlust. Die NGOs haben zwar lange das oppositionelle Fähnlein hoch gehalten, spielen aber als Organisationen in der neu entstandenen Oppositionsbewegung kaum eine Rolle. Diese neue Opposition ist bisher mehr ein Zusammenschluss öffentlich bekannter Personen als eine Koalition von Organisationen. Allerdings entstehen langsam wieder politische Parteien. Einige wenige NGO-Führungspersonlichkeiten konnten in der Oppositionsbe-

wegung einen gewissen Einfluss bewahren, aber nur, weil sie schon zuvor öffentliche, bekannte Persönlichkeiten waren, und wohl kaum, weil sie als Vertreter von NGOs auftraten. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten immerhin menschliche, infrastrukturelle und organisatorische Ressourcen, die viele NGOs der neuen Oppositionsbewegung zur Verfügung stellen konnten. Diese eher schwache Rolle bei den Protesten schützte die NGOs aber nicht davor, Anfang des Sommers ebenfalls zum Ziel der erneut einsetzenden staatlichen Formierungs- und Repressionsversuche zu werden.

Bis zum vergangenen Herbst sind die meisten Beobachter davon ausgegangen, dass eine Art »Trägheitsszenario« die wahrscheinliche Entwicklung Russlands am besten beschreibt. Wesentliche Änderungen im Putinschen System schienen unwahrscheinlich. Die Folge wäre dann ein langsamer Erosionsprozess, der aber noch eine ganze Weile ohne ernsthafte Bedrohung für Putins Herrschaft würde anhalten können. Die Beschleunigung der politischen Entwicklungen seit Herbst 2011 haben diese Überlegungen nun viel schneller obsolet werden lassen. Die große Verunsicherung, die sie bei den Machthabern ausgelöst haben, und die repressiven Gegenmaßnahmen machen ein in vielen Szenarien beschriebenes »weiter so« – also eine wie bisher austarierte Politik von »so viel Repression wie (zum Machterhalt) nötig« und »soviel Freiheit wie (ohne Machtverlust) möglich« – immer unwahrscheinlicher. Für dieses »weiter so« dürften wohl auch, ich erinnere an »Putins Dilemma«, die materiellen Ressourcen absehbar nicht ausreichen. Im Herbst 2012 zeichnet sich ein grundlegender Strategiewechsel Putins ab. Vom Präsident aller Russen, der das Land eint (nicht umsonst heißt die Kremlpartei »Einiges Russland«), wandelt er sich zum Präsidenten einer konservativen, antiwestlichen, in großen Teilen vor- oder antimodernen Mehrheit. Der Minderheit drohen politische Repressionen. Doch die hier beschriebenen Änderungen der russischen Gesellschaft werden mittelfristig selbst mit repressiven Maßnahmen kaum einzudämmen sein. Die Dinge sind in Bewegung geraten und werden so schnell nicht wieder anhalten.

Über den Autor

Jens Siegert ist seit 1999 Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er zehn Jahre als Korrespondent deutschsprachiger Printmedien und Radiosender in Moskau.

Das Russische Protestpotential: Durch welche Faktoren wird die Protestbereitschaft der russischen Bürger beeinflusst?

Astrid Rütter, Bielefeld

Zusammenfassung

Die Massenproteste gegen die Manipulation der Duma- und der Präsidentschaftswahlen 2011/2012 kamen für die meisten politischen Beobachter Russlands überraschend. Es schien, als sei die politische Apathie der letzten Jahre über Nacht abgestreift worden, um einem neuen politischen Bewusstsein und womöglich einem demokratischen Aufbruch zu weichen. Es stellt sich die Frage, wodurch dieses »politische Erwachen« verursacht wurde. Die Analyse zeigt, dass die Bereitschaft zum Protest hauptsächlich durch den Grad der subjektiven politischen Kompetenz bestimmt wird. Diese ist stark vom Bildungsgrad der Bürger abhängig. Ein zweiter Faktor, der das Protestpotential beeinflusst, ist das Vertrauen in die politischen Eliten. Das Vertrauen der russischen Bürger in die eigenen Eliten wird jedoch durch die Wahrnehmung verbreiteter politischer Korruption negativ beeinflusst. Schließlich wirkt sich auch die politische Identität eines Bürgers auf dessen Protestbereitschaft aus. Mit Hilfe des so ermittelten Protestpotentials lässt sich abschätzen, in wie weit sich demokratische Werte in Russland konsolidiert haben.

Protest ist nicht gleich Protest

Nach Jahren der politischen Apathie, in denen sich die Menschen in Russland ins Private zurückzogen und sich darauf konzentrierten, ihre materielle Situation zu verbessern, passiert wieder etwas auf russischen Straßen. Im Umfeld der Parlaments- und der Präsidentschaftswahlen 2011/2012 kam es in den größeren Städten zu Massenprotesten, in denen politische Manipulation und Korruption angeprangert wurden. Es wäre verfrüht, von einem demokratischen Aufbruch zu sprechen. Dennoch stellt sich die Frage, wodurch das jüngste Anwachsen der Proteste erklärt werden kann.

Erste Antworten auf diese Frage ergeben sich aus der Zusammensetzung der Gruppe der Protestierenden. Wie Michail Dmitriew feststellt (siehe Russland-Analysen Nr. 224), entstammten die Teilnehmer der Massendemonstrationen hauptsächlich der neuen städtischen Mittelschicht. Dass die Mittelschicht überproportional vertreten ist, erscheint nicht weiter verwunderlich, da schließlich auch Protestbewegungen in Deutschland wie z. B. die gegen »Stuttgart 21« hauptsächlich aus Mittelschichtlern und Akademikern bestehen. Im wissenschaftlichen Diskurs wird davon ausgegangen, dass sich Personen mit einem höheren sozialen Status eher an postmaterialistischen Werten orientieren. Das bedeutet, dass sie gesellschaftlichen Themen gegenüber aufgeschlossener sind als Angehörige unterer Schichten, die vorwiegend damit beschäftigt sind, ihre materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. Hieraus folgt, dass Angehörige der Mittelschicht sich eher für abstrakte Werte wie z. B. politische Transparenz einsetzen als Bürger mit einem niedrigeren sozialen Status. Das bedeutet jedoch nicht, dass Angehörige niederer sozialer Schichten generell weniger zu Protesten bereit sind. Der aus-

schlaggebende Unterschied besteht vielmehr im Inhalt des Protests. Angehörige der unteren sozialen Schichten in Russland sind eher zu Protestaktionen bereit, wenn es um die Verteidigung materieller Werte geht. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Protestaktion des Dorfes Schebanzewo in der Nähe von Moskau. Dort soll eine gebührenpflichtige Straße gebaut werden, obwohl das Vorhaben in einem lokalen Referendum abgelehnt worden war. Aus Protest gegen den Bau haben sich die Dorfbewohner zur unabhängigen Republik erklärt (stern.de vom 08.11.2012).

Analyse des Protestpotentials

Um abschätzen zu können, in welchem Maße in Russland eine gesamtgesellschaftliche »Politisierung« stattfindet, müssen alle sozialen Schichten in die Analyse einbezogen werden. Daher soll hier das Protestpotential in der gesamten russischen Gesellschaft untersucht werden, nicht nur das der Teilnehmer spezifischer Protestaktionen. Als Protestpotential wird hier die generelle Bereitschaft zu Protestverhalten verstanden, etwa zur Teilnahme an Demonstrationen, Petitionen oder Boykotten, und zwar unabhängig von den Inhalten des Protests. Protestbereitschaft als innere Einstellung äußert sich nicht unbedingt in tatsächlichem Verhalten und ist daher weniger von sozio-politischen Rahmenbedingungen, wie beispielsweise der Angst vor möglichen Repressionen durch die Obrigkeit, abhängig. Protestbereitschaft ist Teil der politischen Kultur einer Gesellschaft, die wiederum aus der Gesamtheit der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen aller Bürger besteht.

Zur Analyse des russischen Protestpotentials wurden Daten verwendet, die vom Moskauer Lewada-Zentrum im Auftrag des International Social Survey Programme

(ISSP) erhoben wurden. Die russlandweite Feldphase dauerte von Ende Februar bis Mitte März 2005. Die Datenerhebung erfolgte durch persönliche Interviews. Die Stichprobe umfasste 1800 Personen. In der Studie wurden die individuellen Haltungen der Befragten zu verschiedenen Arten des Protests ermittelt. Außerdem wurden soziale und politische Einstellungen erfragt und demographische Daten erhoben. Im Folgenden sollen die Ergebnisse dieser Analyse vorgestellt werden. Ziel der Untersuchung war nicht, das Protestpotential im Jahr 2005 zu beschreiben. Im Mittelpunkt der Analyse steht vielmehr die Frage, welche Faktoren sich generell auf die Protestneigung der Bürger Russlands auswirken.

Politische Wirksamkeit und Bildungsgrad

Die Analyse ergibt, dass das Protestpotential der russischen Bürger größtenteils durch die individuelle Bewertung der politischen Wirksamkeit des eigenen Handelns beeinflusst wird. Diese Bewertung hat zwei Dimensionen. Sie ergibt sich zum einen aus der Wahrnehmung der subjektiven politischen Kompetenz, also aus den eigenen Kenntnissen über politische Strukturen und Vorkommnisse. Andererseits spielt auch die Einschätzung der Responsivität der politischen Eliten eine Rolle. Mit Responsivität ist hier das Maß gemeint, in dem sich politische Eliten durch das Handeln der Bürger beeinflussen lassen. Je höher ein Bürger in Russland die politische Wirksamkeit des eigenen Handelns bewertet, desto größer ist seine Protestbereitschaft. Die subjektive politische Kompetenz bestimmt das Ausmaß des Protestpotentials der russischen Bürger am stärksten.

Die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz hängt von verschiedenen demographischen Merkmalen ab. So schätzen Männer ihr politisches Wissen höher ein als Frauen. Ältere Russen halten sich tendenziell für politisch gebildeter als jüngere. Demzufolge ist auch das Protestpotential bei Männern und älteren Personen höher. Den stärksten Effekt hat der Bildungsgrad einer Person – je höher der Bildungsgrad eines russischen Bürgers, desto höher die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz. Daraus lässt sich ableiten, dass Personen mit einem höheren Bildungsgrad über ein größeres Protestpotential verfügen als weniger gebildete. Deutlich wird dieser Zusammenhang beispielsweise bei der Street Art-Gruppe »Wojna«, zu deren Umfeld auch »Pussy Riot« zählen. Diese Protestgruppen bestehen ausschließlich aus intellektuellen Künstlern und Akademikern. Das Bildungsniveau, das zu einer höheren subjektiven politischen Kompetenz führt, ist neben der postmaterialistischen Orientierung ein weiterer Anhaltspunkt, mit dem der überproportionale Anteil der städtischen Mittelschicht bei den Massenprotesten gegen Manipulation und Korruption erklärt werden kann.

Dem Ländergutachten der Bertelsmann Stiftung von 2012 zu Folge hat das staatliche Bildungssystem in Russland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion stark an Qualität verloren. Als Gründe sind unter anderem die Abwanderung von qualifizierten Lehrkräften, schwindende Haushaltsmittel und die zunehmende Korruption zu sehen. Zudem ist der Zugang zu privaten Bildungseinrichtungen nur über die Zahlung hoher Studienbeiträge möglich. Obwohl der Staat zunehmend in Bildung investiert, wird der Zugang zu höherer Bildung auf lange Sicht vermutlich den Angehörigen der Mittel- und Oberschichten vorbehalten bleiben. Zudem ist ein Stadt-Land-Gefälle zu beobachten. Im Vergleich zu den Städten ist auf dem Land der Zugang zu Bildung schwieriger und deren Qualität wesentlich geringer. Das Bewusstsein für politische Prozesse ist auf dem Land, insbesondere in den Gebieten mit großer räumlicher Distanz zu Moskau, schwächer als innerhalb und in der Umgebung der Großstädte.

In den Städten und bei Mitgliedern höherer sozialer Schichten ist das Protestpotential somit stärker ausgeprägt als bei Bewohnern ländlicher Gebiete und Menschen mit niedrigerem sozialem Status. Für eine Stärkung der politischen Kompetenz in der russischen Gesellschaft sollte man sich daher vor allem mit diesen Gruppen beschäftigen. Die Auswertung der ISSP-Daten ergibt, dass sich politische Bildungsprogramme sinnvollerweise insbesondere an Frauen und jüngere Personen richten sollten.

Politisches Vertrauen und Korruption

Politisches Vertrauen ist die Annahme, dass die politischen Eliten im Interesse der Bürger handeln. Die Untersuchung der ISSP-Daten zeigt, dass sich der Faktor »politisches Vertrauen« schwach negativ auf die Protestbereitschaft der Bürger in Russland auswirkt. Bürger, die den Regierenden vertrauen, weisen ein geringeres Protestpotential auf. Dieser Effekt ist nicht verwunderlich, da in der Theorie vertrauensvolle Bürger eine Entscheidung der politischen Eliten auch dann akzeptieren, wenn diese sich für die Bürger kurzfristig negativ auswirkt. Vertrauen wirkt auf diese Weise als Kredit der Geduld und vergrößert den Handlungsspielraum der Regierenden in Krisenzeiten. Auf diese Weise besitzt politisches Vertrauen eine systemstabilisierende Wirkung.

Allerdings sollte sich das Vertrauen der Bürger im Optimalfall auf die gesamte politische Ordnung, also auch auf die politischen Institutionen und Regeln beziehen. Wie aus mehreren Studien hervorgeht, bringen die Bürger in Russland den verschiedenen Ebenen des politischen Systems unterschiedlich viel Vertrauen entgegen. Laut Umfragen des Lewada-Instituts äußern sich regel-

mäßig 60–70% der Bevölkerung positiv über Putin.¹ Wie Baschkirowa und Partner im Jahre 2000 feststellten, genießen die staatlichen Einrichtungen als Ganzes nur bei 34% der Bürger Vertrauen und das Parlament als solches nur bei knapp 18% der Befragten. Der Regierung und der Person Putin wird mit Abstand das größte Vertrauen entgegengebracht. Eine Systemstabilität, die sich lediglich auf das Vertrauen in einzelne Personen stützt, ist jedoch notwendigerweise prekär.

Aus der Analyse der ISSP-Daten geht hervor, dass die Wahrnehmung von Korruption das politische Vertrauen verringert. Vor diesem Hintergrund können die Massenproteste gegen Manipulation und Korruption als Zeichen für ein wachsendes politisches Misstrauen gewertet werden. Dieses politische Misstrauen kann sich auf das politische System destabilisierend auswirken. Um dem entgegenzuwirken hat die russische Regierung die Wahl zwischen verstärkten Repressionen gegen Aktivisten einerseits, und der entschlossenen Bekämpfung politischer Korruption sowie einer stärkeren politischen Einbindung der russischen Bürger andererseits. Der Kongruenzhypothese zu Folge ist ein politisches System langfristig nur dann stabil, wenn die politische Kultur, also die Gesamtheit der politischen Einstellungen und Verhaltensmuster der Bürger, mit den Charakteristika des politischen Systems deckungsgleich ist. Ein demokratisches System wird durch demokratische Werte und Verhaltensweisen der Bevölkerung unterstützt, wie andererseits auch ein autokratisches System durch autokratisch gesinnte Bürger stabilisiert wird. Sollte sich der Trend einer zunehmenden Protestbereitschaft der städtischen Mittelschicht fortsetzen und sich auch auf andere Gesellschaftsschichten ausweiten, bleibt den politischen Eliten auf lange Sicht zum Machterhalt nur die nachhaltige Öffnung des politischen Systems für eine Interessenartikulation der Bürger.

Partizipative politische Identität

Ein weiterer Faktor, der das Protestpotential beeinflusst, ist in der politischen Identität der Bürger zu suchen. Nimmt ein Bürger lediglich den einseitigen Informationsfluss des politischen Systems in Richtung Bürger wahr, z. B. die Regeln und Verbote, neigt er dazu, sich unterzuordnen und Entscheidungen der politischen Eliten nicht zu hinterfragen. Ein partizipativer Bürger hingegen betrachtet politisches Geschehen als einen wechselseitigen Kommunikationsprozess zwischen Regierenden und Regierten. Er ist den politischen Eliten gegenüber nicht unbedingt misstrauisch eingestellt, ist aber in der Lage, sich von ihnen kritisch zu distanzieren.

Jene Bürger in Russland, die eine partizipative politische Identität besitzen, weisen – wie die Analyse ergab – tendenziell ein höheres Protestpotential auf.

Die partizipative politische Identität der Bürger könnte durch die Förderung politischer Bildung gestärkt werden. Zur Stärkung des Interesses an politischer Partizipation muss zunächst Wissen über politische Strukturen und Möglichkeiten des zivilgesellschaftlichen Engagements vermittelt werden.

Protest und Demokratie: Das Protestpotential als Indikator demokratischer Konsolidierung?

Protestaktionen können auch bei nichtprotestierenden Gruppen das Bewusstsein für politische Prozesse und Möglichkeiten der eigenen Interessenartikulation fördern. Dieses Wissen, und in einem weiteren Schritt der Wunsch, in einen aktiven Kommunikationsprozess mit den Regierenden einzutreten, ist die Basis demokratischen Regierens. Schließlich kann die Regierung eines demokratischen Systems ihrer Verantwortlichkeit gegenüber den Bürgern nur dann nachkommen, wenn sie deren Interessen und Präferenzen kennt. Im Rahmen eines Demokratisierungsprozesses benötigt das Entstehen einer demokratischen politischen Kultur unter den Bürgern allgemein mehr Zeit als der Wandel politischer Institutionen. Für die Festigung eines demokratischen Staates der demokratische Wertewandel in der Bevölkerung zentral.

Für eine Einschätzung, in wieweit sich demokratische Werte in Russland konsolidiert haben, lässt sich beispielsweise die Beteiligung an Wahlen analysieren. Allerdings nehmen viele russischen Bürger nicht aus eigenem Antrieb an Wahlen teil, sondern weil sie sich dem Aufruf der staatlichen Medien unterordnen oder weil insbesondere auf dem Land Druck auf sie ausgeübt wird, um sie zum Urnengang zu bewegen. Die Analyse des Protestpotentials kann hier eine wertvolle Ergänzung sein. Wie die in diesem Jahr veröffentlichte transnationale Studie von Tavčar Krajnc und anderen zeigt, ist das Protestpotential eng mit pro-demokratischen Werten verknüpft. Dieser Zusammenhang wird in der Analyse der ISSP-Daten durch den oben genannten positiven Effekt der partizipativen politischen Identität auf die individuelle Protestneigung untermauert. Das Protestpotential der Bürger scheint mit ihrem »demokratischen« Potential zusammen zu hängen. Aussagekräftig wird die Analyse des Protestpotentials als Indikator für die Verbreitung demokratischer Werte in Russland jedoch erst durch den Vergleich mit anderen Gesellschaften, die sich in unterschiedlichen Phasen der demokratischen Konsolidierung befinden.

Informationen über die Autorin, zu Methodik und Daten sowie Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

¹ Jurij Lewada: The Year 2000: Disappointments and Hopes, in: Moscow News, Nr. 51, 26.12.2000-2.1.2001, S. 2–3.

Über die Autorin

Astrid Rütter ist Absolventin des Masterstudiengangs Soziologie der Universität Bielefeld. Schwerpunkt ihres Studiums waren die politische Kultur Russlands sowie zivilgesellschaftliche Prozesse in Entwicklungs- und Transformationsländern.

Lesetipps:

Marina Tavčar Krajnc; Sergej Flere; Andrej Kirbiš: Is Protest Participation in Post-Yugoslav Countries Motivated by Pro-democratic Political Culture? A Cross-National Study, in: The Western Balkans Policy Review, Bd. 2(2012), H. 2, S. 95–117.

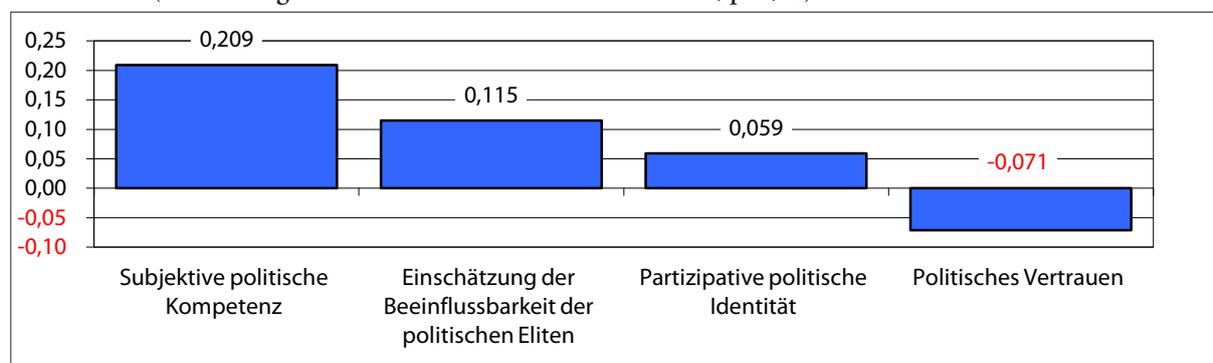
Methodische Vorgehensweise

Die vorliegende Analyse des Protestpotentials der russischen Bürger wurde im Rahmen einer soziologischen Masterarbeit vorgenommen. Die in diesem Artikel dargestellten Ergebnisse stellen einen Ausschnitt des Gesamtmodells dar. Um die Hypothesen zu prüfen, wurden mehrere lineare Regressionsmodelle berechnet. Die Analyse erfolgte mithilfe der Statistiksoftware SPSS. In diesem Artikel werden die Effekte dargelegt, die sich von den mit $p < 0,05$ signifikanten standardisierten Beta-Koeffizienten ablesen lassen. Wurde ein theoretisches Konzept durch mehrere verschiedene Variablen operationalisiert, sind die Items aus Gründen der Komplexitätsreduktion vor der linearen Regression zu Faktoren zusammengefasst worden. Bei weiteren Fragen nach der Messung der theoretischen Konzepte wenden Sie sich bitte an die Autorin.

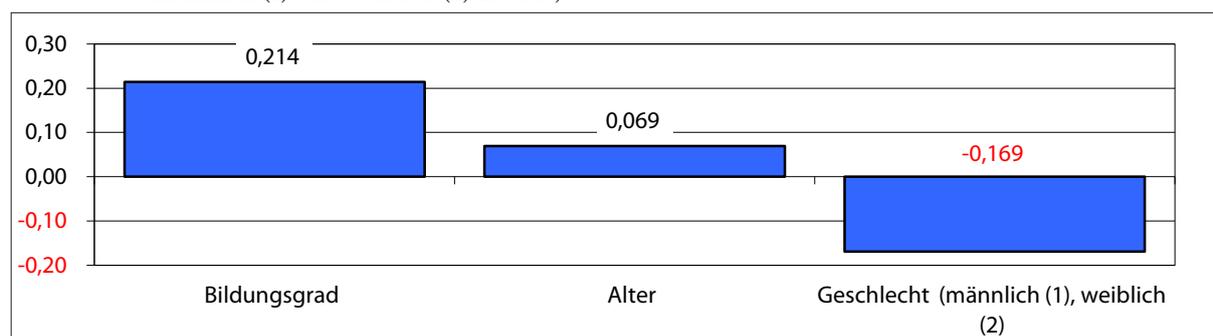
Daten

Die analysierten Daten stammen aus der ISSP-Studie Nr. ZA 3950 und können durch registrierte Nutzer unter <http://info1.gesis.org/dbksearch19/Docs.asp?no=3950> heruntergeladen werden. Auf dieser Website sind außerdem die verwendeten Fragebögen und Codebooks hinterlegt.

Grafik 1: Wodurch wird das Protestpotential eines russischen Bürgers beeinflusst? (Darstellung der standardisierten Beta-Koeffizienten, $p < 0,05$)



Grafik 2: Welche Eigenschaften beeinflussen die subjektive politische Kompetenz eines russischen Bürgers? (Darstellung der standardisierten Beta-Koeffizienten, $p < 0,01$. Die Variable Geschlecht wurde mit männlich (1) und weiblich (2) kodiert)



14. Oktober 2012: Tag der Stimmenabgabe »per Rundfahrt«

Alexander Kynev, Moskau

Die jüngsten Wahlen waren ein Test, und zwar nicht nur für die Stimmungen in der Gesellschaft ein halbes Jahr nach Abschluss der landesweiten Wahlgänge 2011/12, sondern auch für den allgemeinen Zustand des politischen Systems. Der 14. Oktober hat ein wachsendes Misstrauen der Bürger sowohl gegenüber der Regierung als auch gegenüber der in den letzten Monaten diskreditierten Institution des Parlamentarismus demonstriert. Die Wahlen haben darüber hinaus in den meisten Regionen die praktische Unfähigkeit der Opposition aufgezeigt, bei den Wahlen ernst zu nehmende Arbeit zu leisten. Gleichzeitig besteht in der Gesellschaft durchaus eine Nachfrage nach neuen politischen Führungspersonen und neuen Kräften, die bisher jedoch meist nicht aufgetreten sind.

In diesem Überblick wird es nicht um die Gouverneurswahlen gehen. Bedenkt man, in was sich diese Wahlen in Folge der »kommunalen Filtration« und der Kandidatenregistrierung verwandelt haben, verwundert es einen höchstens, dass die amtierenden Gouverneure nur an die 75 % bekommen haben, und nicht die vollen 90 %.

Unterdrückte Wahlbeteiligung

Wichtigstes Ergebnis der Wahl ist die allorts rekordverdächtig niedrige Wahlbeteiligung von 13 bis 20 %. Sie betrug in Petropawlowsk-Kamtschatskij 16,6 %, in Wladiwostok 13 %, in Barnaul rund 20 % und 23,9 % in Jaroslawl. Besonders niedrig war die Wahlbeteiligung in Städten mit einer unabhängigeren und selbständiger denkenden Bevölkerung. Im regionalen Querschnitt (der Gouverneurs- und regionalen Parlamentswahlen) ergibt sich ein günstigeres Bild, da hier in den Parlamenten die »Durchschnittstemperatur« von Städten und flachem Land einen Glättungsfaktor darstellt. Die höchste Wahlbeteiligung gab es in jenen Städten, in denen Personenwahlen mit einem echten Wettbewerb stattfanden, wo also die Bürger nicht lediglich Parteien wählten, sondern Persönlichkeiten. So betrug die Wahlbeteiligung bei den Bürgermeisterwahlen in Angarsk (Gebiet Irkutsk), bei denen es ein reales Wettrennen gab, 30,35 %, was für Wahlen auf dieser Ebene durchaus beträchtlich ist. Vor diesem allgemeinen Hintergrund erscheint auch die Wahlbeteiligung in Chimki mit 29,35 % keineswegs gering.

Dass die Regierung eine niedrige Wahlbeteiligung anstrebte, war schon länger deutlich geworden. Diese Linie hatte sich beim allgemeinen Ansatz für die Wahlkämpfe und durch minimierte Informationen für Wähler herauskristallisiert. Darüber hinaus weigerten sich die Medien zunehmend, den Parteien und Kandidaten kostenpflichtige oder kostenfreie Sendezeit oder Anzeigenspalten zur Verfügung zu stellen. Für die niedrige Wahlbeteiligung sorgte de facto auch der allgemeine Medienkontext in Russland sowie die mangelnde Aufmerksamkeit der führenden Medien. Einige besonders skandalträchtige Wahlkämpfe bildeten hier eine Ausnahme. Auch in dem neuen Ansatz der Regierung, die vorläufigen Ergebnisse aus den Regionen mit bereits

abgeschlossenen Wahlen schon zu veröffentlichen, während in den übrigen Landesteilen noch gewählt wird, ist ein Instrument zur Absenkung der Wahlbeteiligung zu sehen. Die Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse aus den als erstes ausgezählten Wahllokalen – dies sind gewöhnlich die »geschlossenen« Wahllokale, die stets ein spezifisches Bild erzeugen – bedeutete auch einen gewissen psychologischen Druck: Es suggeriert den Wählern in den anderen Regionen, dass es sich nicht lohne und es sinnlos sei, zur Wahl zu gehen, da bereits alles entschieden ist. In einigen für die Regierung problematischen Orten wurde die Wählerbeteiligung zudem durch eine Diskreditierung der Wahlen als solches gedrückt. Hier wurde beispielsweise eine große Anzahl von Kandidaten aufgestellt und man war offensichtlich bemüht, die Wahlen als politisches Narrenstück darzustellen, als eine Art »Freak Show«. Ein solches Schauspiel wurde in Chimki geboten.

Die Rechnung dahinter war eindeutig: Die Stimmen der Nichtwähler, sollten durch die Stimmen der administrativ abhängigen Wählerkategorien sowie durch unmittelbare Fälschungen »kompensiert« werden. Je geringer die tatsächliche Wahlbeteiligung, umso höher der Anteil der begrenzten »Spezialkategorien« der Stimmenabgabe aus, etwa durch Zusatzlisten, mobile Urnen und mehrfache Stimmenabgabe. Dieser Wahltag wird vor allem durch die vielzähligen Meldungen über »rundfahrtartige« Stimmenabgabe in Erinnerung bleiben. Die sozialen Netzwerke versanken buchstäblich in Berichten über Brigaden, die durch die Städte und Dörfer zogen, um für Personen, die in Wirklichkeit gar nicht zur Wahl gegangen waren, mehrfach die Stimme abzugeben. Das Bild war bereits vorher klar, und ebenso die Preise (im Schnitt wurden Preise von 2.000 bis 3.000 Rubel pro »Rundfahrt« genannt). In einer Reihe von Fällen waren auch die Codewörter bekannt, mit denen

die Brigaden jene Kommissionsmitglieder zu identifizieren hatten, die an diesem Verfahren beteiligt waren.

Auch der berüchtigte Beschluss der Zentralen Wahlkommission vom 3. Oktober (http://cikrf.ru/law/decreed_of_ccc/2012/10/03/Zp121085.html) ist ein Hinweis darauf, dass man sich auf eben dieses Szenario einrichtete. Er wurde vor Ort als direkte Anweisung verstanden, Foto- und Videoaufnahmen durch Wahlbeobachter zu möglichst zu unterbinden. Schließlich sind Foto- oder Videoaufnahmen eines der Mittel, mit denen mehrfache Stimmabgabe bekämpft werden kann.

Bezeichnend war die Situation in der Stadt Barnaul. Im Verlauf des Wahltages hatten die »Rundfahrtbrigaden« mindestens drei Mal die Codewörter gewechselt. Beobachtern oppositioneller Wahlkampfstäbe zu Folge waren über 300 Autos mit jeweils vier bis fünf Personen – vorwiegend Studenten aus den ländlichen Gebieten – in der Stadt unterwegs. Auf ihren Marschzetteln standen jeweils 10 Wahllokale. Es lässt sich unschwer errechnen, dass dies zwischen 12.000 und 15.000 zusätzliche Stimmen bedeutet. Andere Methoden und »Spezialkategorien«, etwa die Stimmabgabe am Wohnsitz mit 8.000 Stimmen, sind bei dieser Rechnung noch gar berücksichtigt. Das Wahlergebnis betrug dann am Morgen des 15. Oktober stadtweit 53.000 Stimmen für »Einiges Russland«, bei einer Wahlbeteiligung von rund 105.000. Nahezu überall wurden ähnliche Ergebnisse verkündet, beispielsweise in Wladiwostok, Twer und Rjasan.

»Einiges Russland« wurde am 14. Oktober praktisch zu einer Partei, die formal ihre Stimmenanteile erreicht hat, dies jedoch ohne echte, »lebende« Wähler. Es wäre zumindest lächerlich, die mehrfach abstimmenden Brigaden und den in absoluten Zahlen geringen, jedoch bei niedriger Wahlbeteiligung ins Gewicht fallenden administrativ abhängigen Teil der Wähler, die aus Angst oder materiellen Vorteilen ihre Stimme abgeben, als realen Wählerrückhalt aufzufassen. Vor unseren Augen hat sich »Einiges Russland« in ein elektorales Phantom verwandelt, von dessen Namen sich nicht nur Bürgermeister- und Gouverneurskandidaten nach Kräften zu distanzieren suchten, sondern selbst die eigenen Parteilisten. Diese versuchten, sich so weit es ging mit verschiedenen »Maskierungsverfahren« zu tarnen – mit Namen virtueller Bewegungen und Programm-Simulationen (»Für den Glauben«, »Kuban und Vaterland«, »Volksprogramm« in Barnaul), sowie mit imitierter Protest-Rhetorik und Berichten, dass ihre Kandidaten unter Druck gesetzt würden.

Allerdings können diese bewusst herbeigeführte Verdrängerung der realen Wahlbeteiligung und deren Ersatz durch »Rundfahrtstimmen« eine derart geringe Wähleraktivität nicht hinreichend erklären. Es steht außer Zweifel, dass die Gesellschaft mit dieser geringen Wahl-

beteiligung auch ihre Haltung zur Regierung ausdrückt, und zu dem, was als Alternative angeboten wird. Die legale Opposition hat es in den meisten Fällen nicht geschafft, eine nennenswerte Wählermobilisierung auf die Beine zu stellen. Ob dies an mangelndem Vermögen oder fehlendem Willen lag, ist eine andere Frage, da sich die Opposition wie gewohnt auf Spielchen einließ und dabei auf die versprochenen »erlaubten« Prozente hoffte. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Wahlbeteiligung, die eher einem demonstrativen Ignorieren gleicht, gewissermaßen an eine politische Feder gebunden ist, die sich allmählich spannt und zusammenzieht. Es sei nur an die sehr niedrigen Wahlbeteiligungen erinnert, die es nach der Jahrtausendwende im Moskau Luschkows gab. Und daran, womit dies schließlich endete.

Öffnung der Wahlurnen

Angesichts der Wahlbeteiligung und des Anteils der verschiedenen »Spezialkategorien« von Stimmen kann es nicht verwundern, wie sich die Ergebnisse dann in Prozenten für die jeweiligen Parteien und Kandidaten darstellen. In Regionen wie dem Gebiet Saratow oder der Region Krasnodar hat zweifellos die »korrekte Auszählung« á la Tschetschenien und Kusbass eine Rolle gespielt. So hat »Einiges Russland« bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung der Region Krasnodar nach vorläufigen Ergebnissen 70,06 % erzielt, während 8,8 % an die KPRF gingen. Andere Parteien werden hier nicht ins Parlament einziehen. Bei den Wahlen zur Gebietsduma in Saratow erzielte »Einiges Russland« 78,2 %, die KPRF 7,68 % und »Gerechtes Russland« 5,09 %. Alle übrigen Parteien landeten bei unter fünf Prozent. Man hat sich hier wohl bei der Ergebnisdemonstration und der Erfüllung der Vorgaben, milde gesagt, mehr als ins Zeug gelegt.

Es war bereits vorher klar, dass von den sechs Regionen, in denen am 14. Oktober Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung stattfanden, vier zur elektoral gelenkten Zone gehören würden, Neben der Region Krasnodar und dem Gebiet Saratow sind es das Gebiet Pensa und die Republik Nordossetien. Es verwundert aber, dass den Organisatoren jedwede politischen Bremsen fehlten und, dass die in Nordossetien bestehenden innerelitären Widersprüche dennoch zu einem interessanten Wahlausgang führten. Hier war der ehemalige Dumaabgeordnete und bekannte Ringer Arsen Fadsajew aus »Einiges Russland« ausgetreten und hatte die Liste der »Patrioten Russlands« angeführt. Im Ergebnis erzielte »Einiges Russland« 44,85 %, die »Patrioten Russlands« 26,48 %, die KPRF 10,57 % und »Gerechtes Russland« 5,87 %.

In den Regionen mit größerem Protestpotential – wobei die Opposition auch dort nur über wenig Ressourcen verfügt – gab es folgende Ergebnisse: In der Repu-

blik Udmurtien erzielte »Einiges Russland« 53,19 %, die KPRF 17,23 %, Schirinowskij LDPR 10,08 % und »Gerechtes Russland« 5,07 %. Den »Patrioten Russlands« fehlte mit 4,47 % nur wenig zur Erringung eines Trostmandats. Im Gebiet Sachalin erreichte »Einiges Russland« 50,18 %, die KPRF 18,3 %, die LDPR 8,36 % und »Gerechtes Russland« 7,17 %.

Somit kommt es in zwei Regionen zu Zweiparteienparlamenten und in einer weiteren zu einem Dreiparteienparlament. Neben den in der Staatsduma vertretenen Parteien sind nur die »Patrioten Russlands« in Nordossetien ins Parlament eingezogen. Unter den Dumaparteien ist die Lage der LDPR am katastrophalsten. Sie gelangte nur auf Sachalin und in Udmurtien ins Parlament.

In sieben regionalen Hauptstädten ergibt die Kombination aus extrem niedriger Wahlbeteiligung und »Rundfahrten« folgendes Bild für die Parteien, die die Sperrklausel überwunden haben:

Wahlergebnisse in regionalen Hauptstädten 14. Oktober 2012, in %

	Einiges Russ- land	KPRF	Ge- rechtes Russ- land	LDPR	Pa- trioten Russ- lands	Jablo- ko	RPR- PAR- NAS
Tscherkessk	73,70	11,30	8,50				
Kursk	47,50	21,70	9,86	11,05			
Twer	41,30	18,73	17,80				
Jaroslavl	40,77	17,33	14,05		6,80	5,03	
Barnaul	50,20	16,60	11,07	7,80			5,40
Wladiwostok	41,50	20,00	11,60	6,99			
Petropawlowsk- Kamtschatskij	51,30	14,00	7,30	13,00			

In den regionalen Hauptstädten sind somit – nach vorläufigen Ergebnissen – von den nicht in der Duma vertretenen Parteien nur die RPR-PARNAS in Barnaul und in Jaroslavl die »Patrioten Russlands« sowie »Jabloko« in die Stadtparlamente eingezogen. Von den Dumaparteien lief es hier wiederum für die LDPR am schlechtesten. Sie hat nicht den Sprung in die Stadträte von Twer, Tscherkessk und Jaroslavl geschafft.

Zu den »Spoilern« und dem Schicksal der »Systemparteien«

Die jüngsten Wahlen sind auch durch die Ergebnisse der neu gegründeten Parteien interessant, von denen die meisten – und dies ist kein Geheimnis – in Wirklichkeit »Blockflöten« sind und als »Spoiler« in erster Linie dem »Spalten« der linksorientierten Protestwählerschaft dienen sollten. Diese Projekte sind vor allem gegen die KPRF und »Gerechtes Russland« gerichtet, obwohl sie natürlich auch die anderen Systemparteien (einschließlich »Einiges Russland«) Stimmen kosteten.

Die Ergebnisse der Parteien mit einem »kommunistischen« oder sozial ausgerichteten Namen liegen bei zwei bis drei Prozent. Wie bereits erwähnt, gab es das Spitzenergebnis in Karatschajewsk, wo die »Kommunisten Russlands« die KPRF überflügelten. Sie hatten auf dem Stimmzettel ganz oben gestanden (und die KPRF ganz unten). Die »Kommunisten Russlands« erzielten in Udmurtien 2,3 %. Im Gebiet Sachalin kam die »Kommunistische Partei für soziale Gerechtigkeit« (KPSS¹) auf 3,04 % und die Partei »Für Gerechtigkeit!« auf 1,47 %. In der Region Krasnodar erreichten die »Kommunisten Russlands« 3,26 %, die KPSS 1,58 % und die Partei »Für Gerechtigkeit!« 0,97 %. Die Partei der Rentner Russlands erzielte im Gebiet Pensa 2,09 % der Stimmen.

Die Spoiler haben zweifellos mehr Stimmen bekommen als viele erwartet hatten. Hierbei mag der Wunsch der Wähler nach neuen Gesichtern und Parteien eine Rolle gespielt haben und auch, dass es bei kritisch gestimmten Wählern in den letzten Jahren einen »Entwöhnungsprozess« in Bezug auf diese Techniken gegeben hat. Dies führte dazu, dass viele wahllos ihr Kreuz machten und damit ihr Misstrauen gegenüber dem gesamten politischen System ausdrückten.

Die Schuld an dem Umstand, dass die Spoiler die Protestwählerschaft zersplittern, liegt aber vielfach auch bei den Systemparteien selbst. Diese haben sich in der seit Jahren herrschenden gelenkten Demokratie daran gewöhnt, wegen der Unzufriedenheit mit der Regierung einen elektoralen Bonus zu beziehen, ohne unbedingt etwas dafür tun zu müssen. Dieses langjährige Schachspiel hat bei der innersystemischen Opposition in vielen Regionen die politische Überlebensfähigkeit und echte Kampfbereitschaft verkümmern lassen.

Für die Systemparteien gibt es nur einen Ausweg: Sie müssen die Qualität ihrer Arbeit verbessern, die Wählermobilisierung im Wahlkampf erlernen sowie markante Kandidaten finden, die in der Lage sind, Wähler mit zu reißen. Kurz gesagt, sie müssen sich so wandeln, dass niemand verwechselt wird und die Wähler ihr Kreuzchen bewusst machen, und nicht, weil keiner der anderen wählbar ist.

Der Umstand, dass die Wähler der seit langem zweifelhaften Politiker müde sind, ist sogar am Beispiel der LDPR deutlich zu sehen, gegen die ja eigentlich keiner der »Spoiler« gerichtet ist. Dennoch fällt diese Partei vielerorts gegenüber neuen, kaum bekannten Parteien zurück. So liegt die LDPR am Kuban nur knapp

1 »KPSS« ist zugleich die russische Entsprechung für »KPdSU« – Anm. d. Übers.

vor den »Kommunisten Russlands« und sammelt in Nordossetien in etwa so viel Stimmen wie die »Grünen« (1,3 %). In Jaroslawl bleibt sie mit 3,7 % nicht nur hinter »Jabloko« den »Grünen« und den »Patrioten Russlands« zurück, sondern landet sogar hinter der »Partei der Rentner Russlands« auf dem achten und letzten Platz. In Twer erreicht die LDPR trotz eines Schirinowskij auf Listenplatz eins lediglich 4 %.

Dies unterstreicht umso mehr, dass die Diagnose des 14. Oktober nicht nur der Partei »Einiges Russland« gilt, deren Technologen das formale Ergebnis wichtiger ist als der faktisch stattfindende Legitimitätsverlust, sondern dem Zustand des gesamten politischen Systems.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

Alexander Kynew ist Leiter der Regionalprogramme der Stiftung zur Entwicklung der Informationspolitik.

Der Text ist auf Russisch bei »Forbes« erschienen <http://www.forbes.ru/sobytiya-column/166521-14-oktyabrya-edinyi-den-kruiznogo-golosovaniya>

TABELLEN ZUM TEXT

Ergebnisse der Gouverneurswahlen

Amur (vorläufiges Ergebnis)		
Abramow, Iwan	LDPR	8,12 %
Sharowskij, Dmitrij	Gerechtes Russland	2,56 %
Kobysow, Roman	KPRF	9,99 %
Koshemjako, Oleg	Einiges Russland / seit 2008 Gouverneur	77,28 %
<i>Wahlbeteiligung</i>		36,77 %
Belgorod		
Gorkowa, Irina	LDPR	12,43 %
Sapragajlo, Alexander	Patrioten Russlands	4,12 %
Kuschnarjow, Alexander	Rechte Sache	3,60 %
Sawtschenko, Jewgenij	Einiges Russland / seit 1993 Gouverneur	77,64 %
<i>Wahlbeteiligung</i>		59,47 %
Brjansk		
Denin, Nikolaj	Einiges Russland / seit 2004 Gouverneur	65,22 %
Potomskij, Wadim	KPRF	30,83 %
<i>Wahlbeteiligung</i>		46,94 %
Nowgorod		
Sacharow, Nikolaj	Patrioten Russlands	10,63 %
Mitin, Sergej	Einiges Russland / seit 2007 Gouverneur	75,95 %
Michajlow, Wiktor	LDPR	10,43 %
<i>Wahlbeteiligung</i>		42,80 %
Rjasan		
Kowalew, Oleg	Einiges Russland / seit 2008 Gouverneur	64,43 %
Perechwatowa, Alexandra	Rechte Sache	2,98 %
Fedotkin, Wladimir	KPRF	21,92 %
Scherin, Alexander	LDPR	9,01 %
<i>Wahlbeteiligung</i>		43,51 %

Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission <http://www.izbirkom.ru/region/izbirkom>

Ergebnisse der Wahlen zu den Regionalparlamenten

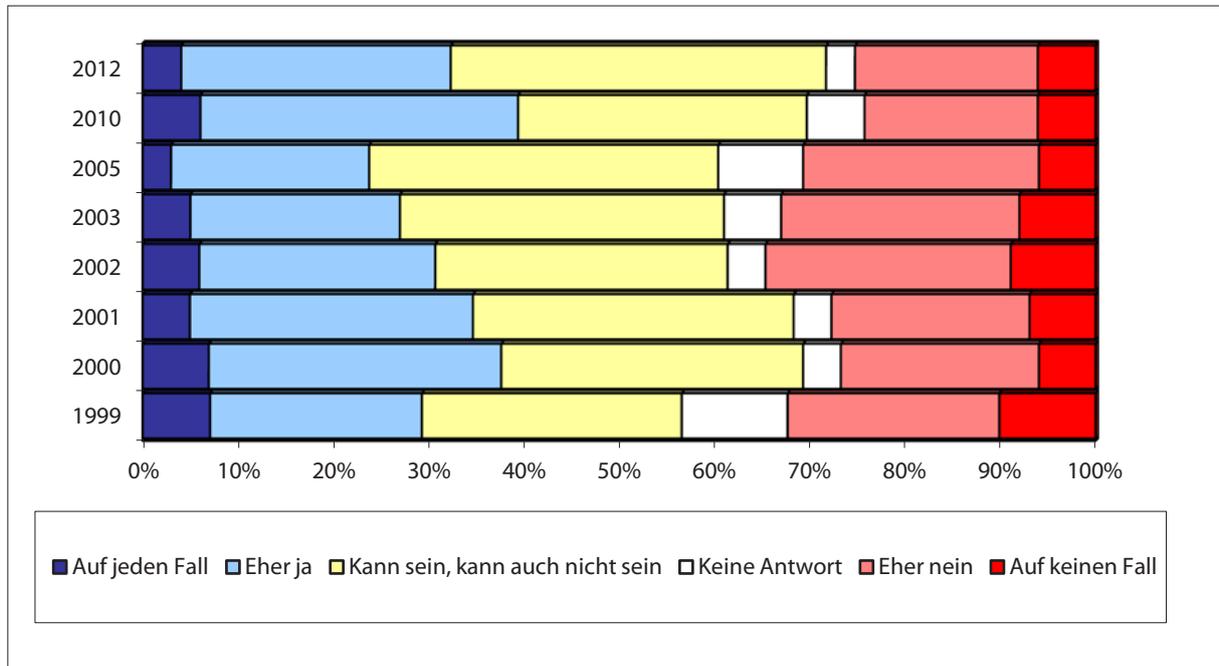
	Nord-ossetien (vorläufig)	Udmurtien (vorläufig)	Krasnodar	Pensa	Saratow	Sachalin (vorläufig)
Einiges Russland	46,26 %	53,19 %	69,47 %	70,64 %	77,92 %	50,18 %
Demokratische Partei Russlands	0,21 %	0,59 %	0,19 %	0,27 %	0,16 %	0,28 %
Für Gerechtigkeit	0,39 %		0,97 %			1,47 %
Russische ökologische Partei (Die Grünen)	1,23 %	1,49 %	0,84 %	0,89 %	0,43 %	
Bürgerunion	0,10 %					
Partei der sozialen Netze	0,10 %		0,26 %		0,16 %	
Volkspartei Russlands	0,20 %			0,37 %		
Gerechtes Russland	5,10 %	5,07 %	4,15 %	2,87 %	5,01 %	7,17 %
Sozialer Schutz	0,12 %					
Städte Russlands	0,17 %	0,50 %	0,16 %		0,13 %	0,64 %
Allianz Grüne-Volkspartei	2,06 %	0,63 %				
Kommunisten Russlands	1,66 %	2,31 %	3,27 %	2,69 %	1,51 %	
Patrioten Russlands	26,57 %	4,47 %	0,84 %		0,69 %	1,30 %
Sozialdemokratische Partei Russlands	0,11 %		0,12 %			
LDPR	1,33 %	10,08 %	4,56 %	4,61 %	2,83 %	8,36 %
KPRF	10,48 %	17,23 %	8,98 %	12,52 %	8,27 %	18,33 %
Jabloko		1,71 %	1,08 %	0,73 %		2,87 %
Partei der freien Bürger			0,35 %			
Kommunistische Partei für soziale Gerechtigkeit (KPSS)	1,18 %		1,59 %		0,66 %	3,04 %
Volkspartei »Für die Frauen Russlands«			1,22 %			
Partei der Pensionäre				2,20 %		
Rechte Sache				0,33 %	0,19 %	2,95 %
Republikanische Partei Russlands-PARNAS					0,58 %	
<i>Wahlbeteiligung</i>	<i>43,70 %</i>	<i>41,18 %</i>	<i>44,68 %</i>	<i>48,69 %</i>	<i>46,82 %</i>	<i>27,41 %</i>

Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission <http://www.izbirkom.ru/region/izbirkom>

UMFRAGE

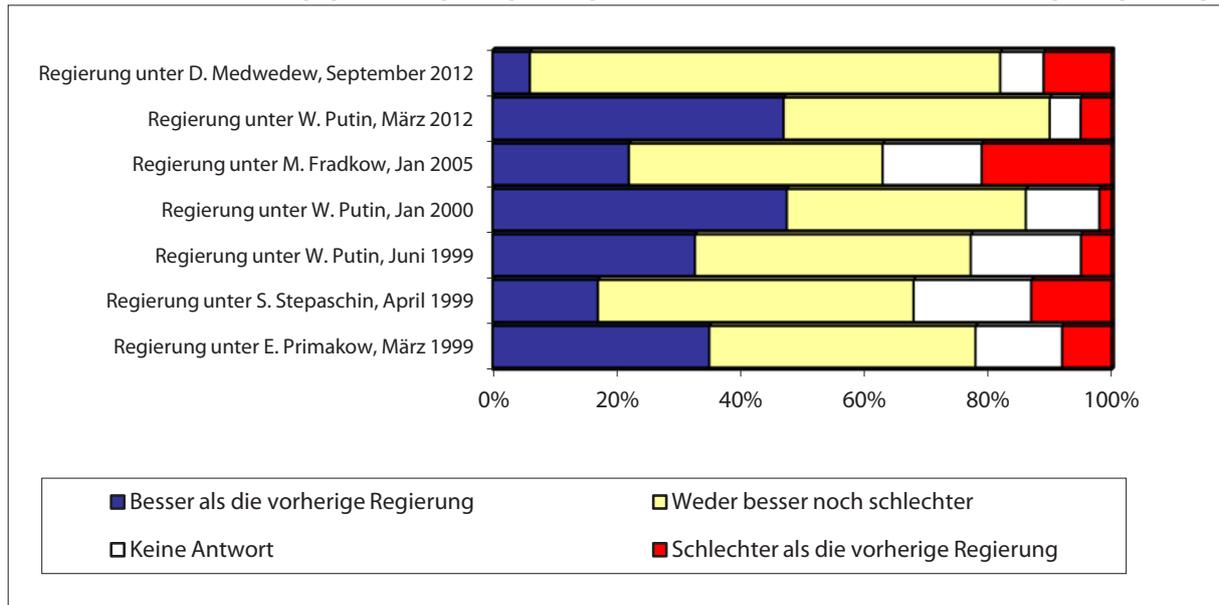
Medwedew als Ministerpräsident im Vergleich mit seinen Vorgängern

Grafik 3: Kann die gegenwärtige russische Regierung in der nächsten Zeit eine Verbesserung der Situation im Land erreichen?



Quelle: Umfragen des Allrussischen Zentrums für öffentliche Meinung (WZIOM) vom 15.–16. September 2012, N = 1600, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113147>

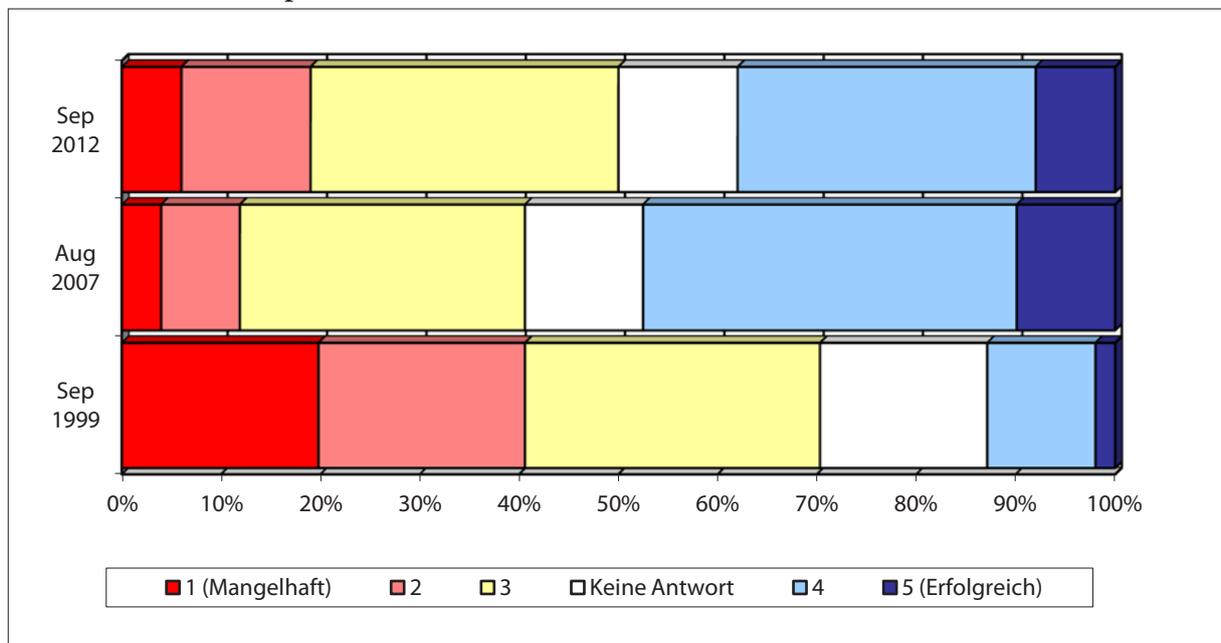
Grafik 4: Arbeitet die gegenwärtige Regierung besser oder schlechter als die vorherige Regierung?



Quelle: Umfragen des Allrussischen Zentrums für öffentliche Meinung (WZIOM) vom 15.–16. September 2012, N = 1600, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113147>

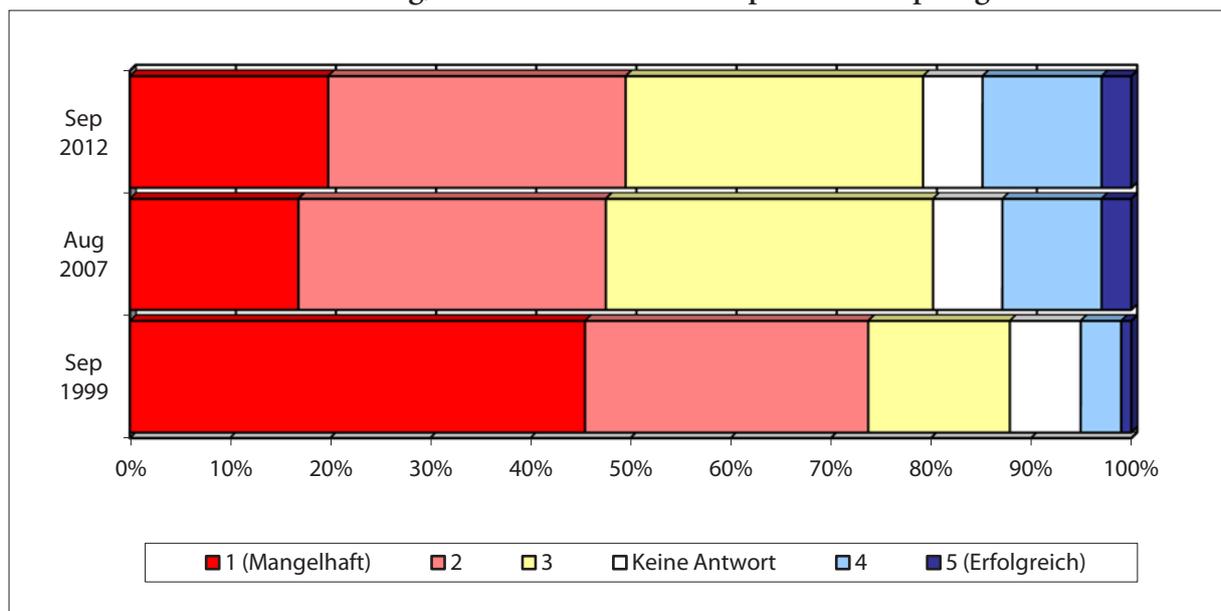
Zensuren für die Staatsführung

Grafik 5: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der aktuellen russischen Staatsführung im Bereich der Außenpolitik?



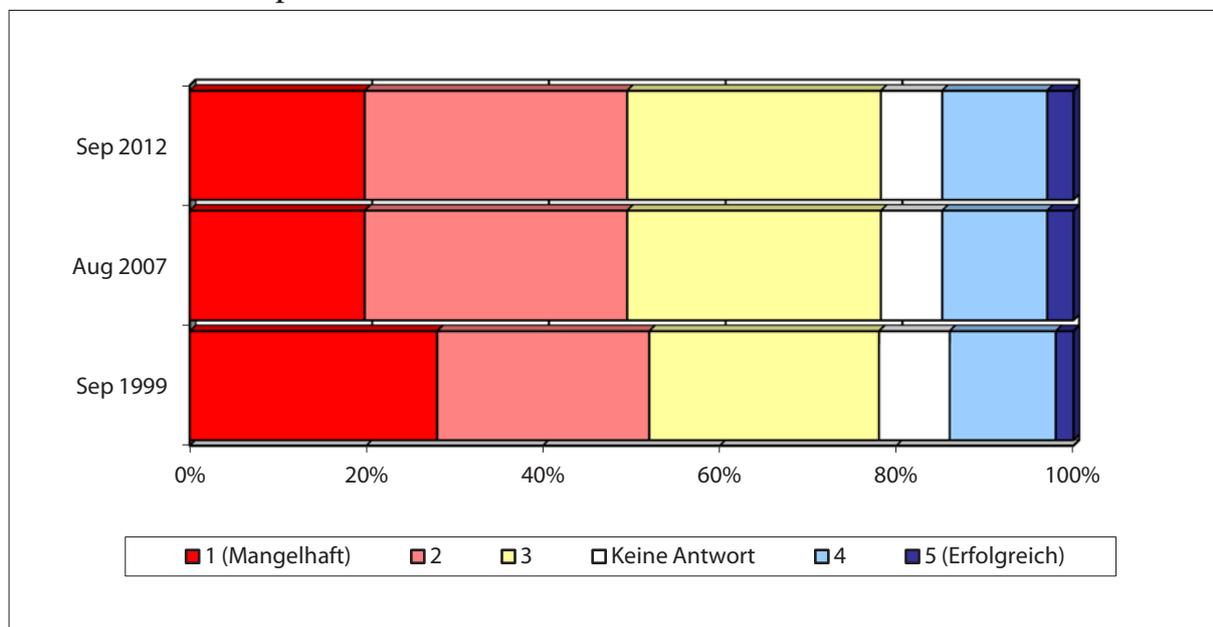
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601,
<http://www.levada.ru/print/05-10-2012/20-rossiyanok-khoteli-vyiti-zamuzh-za-vladimira-putina>

Grafik 6: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der aktuellen russischen Staatsführung im Bereich der inneren Ordnung, Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung?



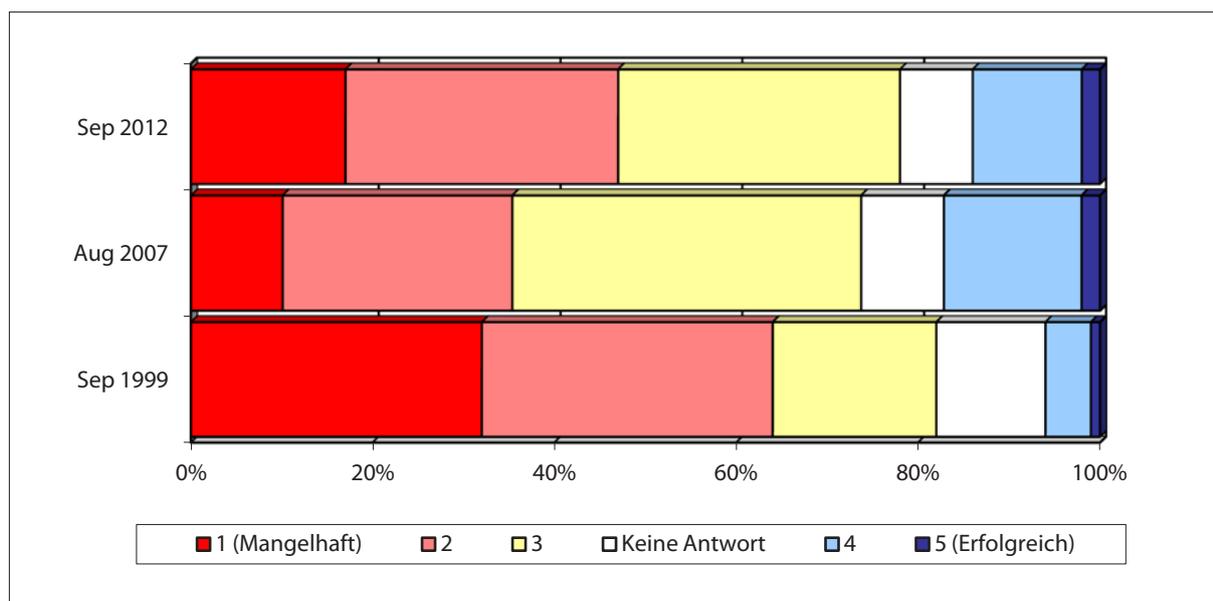
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601,
<http://www.levada.ru/print/05-10-2012/20-rossiyanok-khoteli-vyiti-zamuzh-za-vladimira-putina>

Grafik 7: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der aktuellen russischen Staatsführung im Bereich der Sozialpolitik?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601,
<http://www.levada.ru/print/05-10-2012/20-rossiyanok-khoteli-vyiti-zamuzh-za-vladimira-putina>

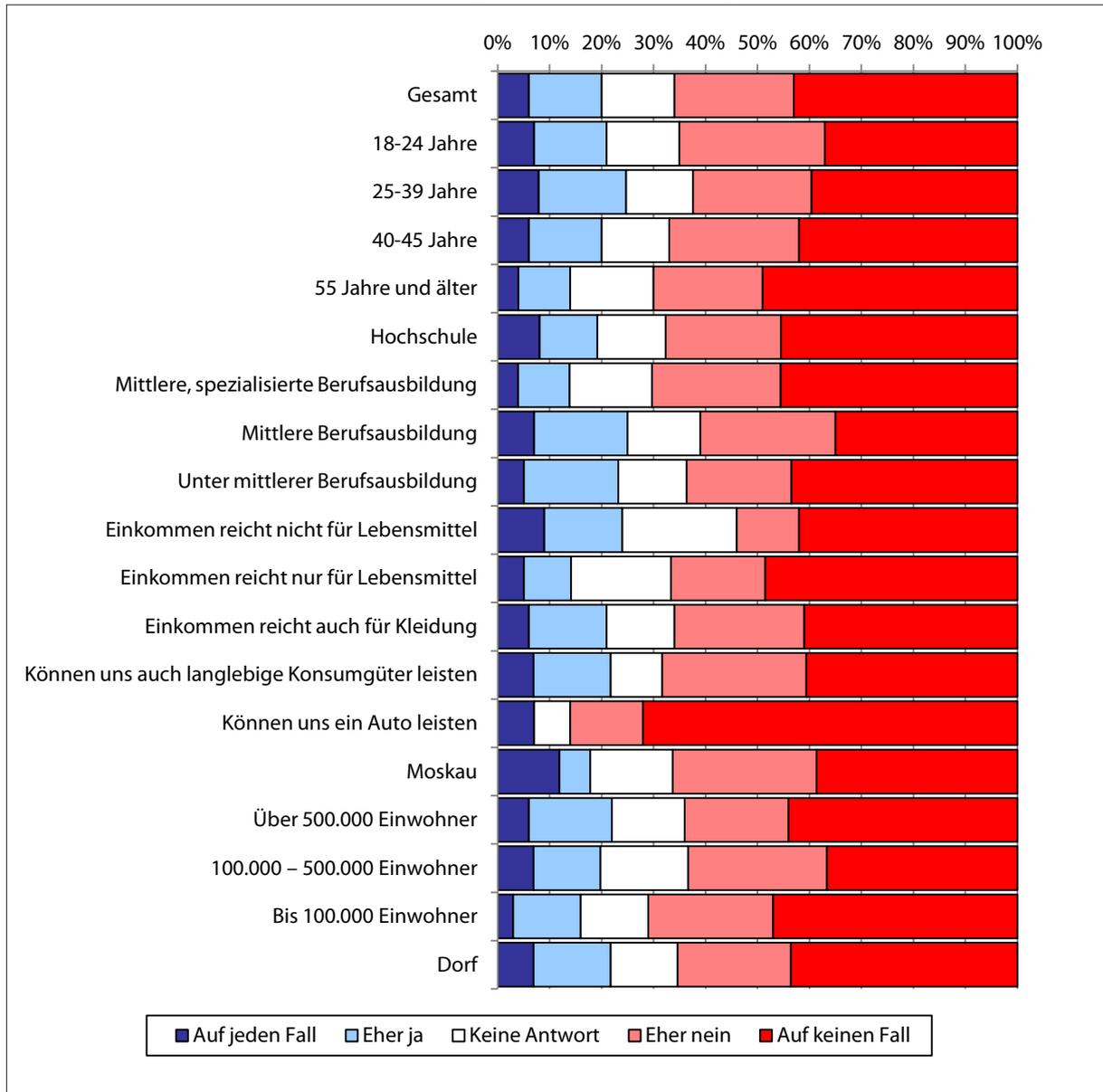
Grafik 8: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der aktuellen russischen Staatsführung im Bereich der Wirtschaft?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601,
<http://www.levada.ru/print/05-10-2012/20-rossiyanok-khoteli-vyiti-zamuzh-za-vladimira-putina>

Würden Sie Wladimir Putin gerne heiraten?

Grafik 9: Würden Sie Wladimir Putin gerne heiraten? (Befragt wurden nur Frauen)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. September 2012, N = 1601,
<http://www.levada.ru/print/05-10-2012/20-rossiyanok-khoteli-vyiti-zamuzh-za-vladimira-putina>

Vom 4. bis zum 18. Oktober 2012

04.10.2012	Sergej Naryschkin, Vorsitzende der russischen Staatsduma, trifft sich mit Vertretern von 27 neu zugelassenen Parteien und erklärt, dass unter seinem Vorsitz in der Staatsduma ein Rat der außerparlamentarischen Parteien eingerichtet werde. Vertreter der neuen Parteien fordern unter anderem die Zulassung von Parteiblöcken bei Wahlen. Kritiker weisen auf die Verwirrung der Bevölkerung durch die zahlreichen neuen Parteien hin – deren Ursprung und Inhalte häufig unklar sind.
04.10.2012	Bei einer Fahrzeugkontrolle auf der Autostraße Bujnaxsk-Kisiljurt (Dagestan) kommt es zu einem bewaffneten Zusammenstoß. Dabei werden vier mutmaßliche Untergrundkämpfer von der Polizei getötet.
04.10.2012	Das US-Handelsministerium veröffentlicht eine »Schwarze Liste« im Zusammenhang mit der illegalen Ausfuhr von US-Technologien an den russischen Militär-Industriellen Komplex. 165 ausländischen, mehrheitlich russischen Unternehmen und Personen wird der Liste zufolge die Exportgenehmigung entzogen. Elf Personen werden verdächtigt, illegal Militärtechnologie nach Russland exportiert zu haben.
05.10.2012	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte in Bujnaxsk (Dagestan) werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.
05.10.2012	Präsident Wladimir Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Tadschikistan ein. In seinem Beisein wird der Vertrag über den russischen Militärstützpunkt in Tadschikistan um 30 Jahre verlängert, mit einer weiteren Verlängerungsmöglichkeit von fünf Jahren.
05.10.2012	Der russische Fernsehsender NTV zeigt zur Prime-Time den Film »Anatomie des Protests 2«. Ein erster Film mit gleichem Titel, der behauptete, die Oppositionsproteste würden vom Ausland finanziert, hatte Mitte März Proteste ausgelöst. Im neuen Film werden Sergej Udaltow, Vorsitzender der »Linken Front«, gewaltsame Umsturzpläne unterstellt, die von Andrej Borodin, dem ehemaligen Präsidenten der »Bank Moskaus«, sowie aus Georgien finanziert und gesteuert würden.
06.10.2012	Sergej Newerow, Sekretär des Generalrates der Partei »Einiges Russland« und stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma, kündigt an, dass eine Reihe von Abgeordneten einen Appell an die Staatsanwaltschaft unterzeichnen werden, der die Rechtsschutzorgane auffordert, die »Fakten« aus dem Film »Anatomie des Protests-2« zu überprüfen. Am Abend weist Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka an, die »Tatsachen« aus dem Film zu überprüfen.
07.10.2012	Wladimir Putin feiert seinen 60. Geburtstag. Es ist seine neunte Geburtstagsfeier als Staatsoberhaupt. Kreml-treue Jugendgruppen organisieren in Moskau und weiteren Städten Russlands pro-Putin Aktionen. Im Moskauer Stadtzentrum werden einige Teilnehmer einer Protestaktion unter dem Motto »Wir begleiten Opa in Rente« kurzzeitig festgenommen.
07.10.2012	Der Fernsehsender NTV strahlt am Abend einen Film über Wladimir Putin aus. Putin äußert sich darin zur Protestbewegung, Oppositionsfiguren und Kritik an ihm. Er wisse, dass die »überwältigende Mehrheit der Russen« ihn unterstütze. Weiterhin äußert er sich zum Fall »Pussy-Riot«: »In der Tat ist es richtig, dass sie verhaftet wurden und dass unser Gericht eine solche Entscheidung gefällt hat. Man darf nicht die Grundlagen der Moral und Sittlichkeit untergraben, das Land zerstören«. Putin würde weiterhin die Freilassung Michail Chodorkowski begrüßen, wenn diese der Rechtsordnung entspreche, d. h. wenn er um Begnadigung bitten würde.
08.10.2012	Sicherheitskräfte töten in Machatschkala (Dagestan) bei einer Fahrzeugkontrolle zwei Untergrundkämpfer, die einen Terroranschlag geplant haben sollen.
08.10.2012	Ramsan Kadyrow, Oberhaupt der Tschetschenischen Republik, entlässt den Bürgermeister der Hauptstadt Grosny auf dessen eigenen Wunsch. Islam Kadyrow, bisher Minister für Eigentums- und Landfragen, übernimmt vorübergehend die Amtsgeschäfte.
09.10.2012	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, dass Russland nach dem Regierungswechsel in Georgien darauf hoffe, dass sich das Verhältnis zu Abchasien und Südossetien, die von Russland als unabhängige Staaten anerkannt wurden, normalisiere. »Weder mit Georgien noch mit jemand anderem werden wir irgendwelche Verhandlungen über das Schicksal Abchasiens und Südossetiens führen, da das Schicksal dieser Republiken von deren Völkern entschieden wurde«.
09.10.2012	Im Gebiet Orenburg kommt es auf einem Truppenübungsplatz aus Unachtsamkeit zu einer unkontrollierten Explosion von 4.000 Tonnen Munition. Ein Offizier wird verletzt. In der Folge müssen weitere 400 Tonnen Munition, die auf dem Übungsplatz lagern, zerstört werden.
10.10.2012	Präsident Wladimir Putin trifft mit dem irakischen Ministerpräsident Nuri Al-Maliki zusammen. Neben der Energie- und humanitären Zusammenarbeit unterzeichnen beide Seiten einen Liefervertrag für russische Waffen im Wert von 4 Mrd. US-Dollar.

10.10.2012	Im Revisionsverfahren im Fall »Pussy Riot« wandelt das Moskauer Stadtgericht die Gefängnisstrafe für Jekaterina Samuzewitsch, eine der Aktivistinnen, in eine Bewährungsstrafe um. Als Grund wird ihre »unwesentliche Rolle bei der Aktion« angeführt, da eine »beleidigende Handlung« rechtzeitig unterbunden wurde. Die zweijährigen Gefängnisstrafen von zwei weiteren Aktivistinnen werden bestätigt.
10.10.2012	Die Abgeordneten des russischen Föderationsrates stimmen bei zwei Enthaltungen dafür, dass zwei ihrer Ausschüsse (Sicherheit und Verteidigung sowie Rechts- und Gerichtsfragen) die Untersuchungen der Rechtsschutzorgane im Zusammenhang mit den »Tatsachen«, die im Film »Anatomie des Protests-2« dargestellt wurden, überwachen.
10.10.2012	Bei einem Erdbeben im Gefolge starker Niederschläge kommen in Derbent (Dagestan) sechs Menschen ums Leben.
10.10.2012	In einer Erklärung des russischen Außenministeriums wird die Weigerung des deutschen Flugunternehmens »Air Berlin«, vier Rollstuhlfahrer zu befördern, als »grobe Verletzung der Rechte und Freiheiten des Menschen und eine Verletzung der Menschenwürde von Behinderten« kritisiert.
11.10.2012	Das Strafverfolgungskomitee lädt Sergej Udaltow, den Vorsitzenden der »Linken Front«, zu einem Gespräch im Zusammenhang mit den Vorwürfen im Film »Anatomie des Protests-2« vor. Udaltow erklärt, im August 2012 auf der Suche legaler Finanzierungsquellen Gespräche in Georgien geführt zu haben, streitet jedoch kategorisch den Erhalt von Geld oder Anweisungen aus dem Ausland ab. Gespräche zur Vorbereitung gewaltsamer Aktionen, die im NTV-Film zu hören waren, bestreitet Udaltow.
11.10.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt auf einer Kabinettsitzung bekannt, dass die geplanten Bildungsausgaben im konsolidierten Haushalt bis 2015 acht Billionen Rubel (ca. € 200 Mrd.), von 2016–2020 20 Billionen Rubel (ca. € 500 Mrd.) betragen sollen. Somit wären Medwedew zufolge die Bildungsausgaben mit den Verteidigungsausgaben bis 2020 vergleichbar.
11.10.2012	Ein St. Petersburger Bezirksgericht prüft die Klage mehrerer gesellschaftlicher Organisationen gegen die Organisatoren des Madonna-Konzerts sowie die Sängerin selbst. Die Kläger sehen durch den Auftritt von Madonna am 9. August 2012 in St. Petersburg ihre religiösen Gefühle verletzt und fordern 333 Mio. Rubel (ca. € 8,3 Mio.) Schadensersatz. Madonna hatte zu Toleranz gegenüber Homosexuellen aufgerufen und verstieß somit gegen ein im Februar verabschiedete Gesetz, das die »Propagierung von Homosexualität« vor Minderjährigen unter Strafe stellt.
12.10.2012	Im Zentrum von Naltschik (Inguschetien) stirbt ein Polizist beim Versuch, zwei Untergrundkämpfer festzunehmen. Diese werden getötet.
12.10.2012	Ein Amphibienflugzeug der russischen Schwarzmeerflotte vom Typ Be-12 stürzt über der Ukraine ab. Drei von vier Besatzungsmitgliedern kommen ums Leben.
12.10.2012	Durch Mahnwachen vor dem Moskauer Gebietsparlament protestieren Aktivisten von Homosexuellen-Verbänden gegen einen Gesetzesentwurf, der die »Propaganda« von Homosexualität unter Strafe stellen soll sowie gegen den gewaltsamen Überfall auf einen Moskauer Club, in dem eine Veranstaltung der LGBT-Bewegung (lesbian, gay, bisexual, and transgender movement) stattfand.
13.10.2012	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rayon Chasawjurt (Dagestan) werden drei mutmaßliche Untergrundkämpfer und ein Soldat getötet.
13.10.2012	Sergej Gubarew, Sonderbeauftragter des Außenministeriums und Vertreter Russlands bei den Verhandlungen zwischen Moldau und Transnistrien, erklärt, dass Russland einseitig die staatliche Unabhängigkeit Transnistriens anerkennen könne, wenn Moldau die »Souveränität und Neutralität« verliert.
14.10.2012	Am »Einheitlichen Wahltag« finden in 77 von 83 Föderationssubjekten ca. 4.000 Wahlen und Referenden statt. Die Wahlen werden auf allen Ebenen fast ausnahmslos von der Partei der Macht »Einiges Russland« und deren Kandidaten gewonnen. Die Wahlbeteiligung geht überall teils deutlich zurück. Alle fünf, erstmals seit 2005 wieder direkten Gouverneurswahlen, gewinnen die Amtsinhaber von »Einiges Russland«. Vertreter des Innenministeriums bezeichnen den Verlauf der Wahlen als ruhig. Der Politologe Dmitrij Oreschkin spricht von einer großen Zahl an Wahlfälschungen. Vertreter der parlamentarischen Oppositionsparteien KPRF und »Gerechtes Russland« weisen auf die »katastrophal« niedrige Wahlbeteiligung hin, die ihrer Meinung nach Protest ausdrückt. Sergej Newerow, Sekretär des Generalrates der Partei »Einiges Russland«, erklärt den Sieg seiner Partei auf unterschiedlichen Ebenen als »eine weitere, sehr wichtige Bestätigung der Unterstützung Putins und seines Kurses durch die Bevölkerung«.
14.10.2012	Die Bürgermeisterwahl im Moskauer Vorort Chimki gewinnt der amtierende Bürgermeister Oleg Schachow (»Einiges Russland«) mit 47,6 % der Stimmen. Jewgenija Tschirikowa, Vorsitzende der Bewegung zum Schutz des Waldes von Chimki, folgt auf Platz zwei mit 17,1 % der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 27,8 %. In Kaliningrad gewinnt Alexander Jaroschuk, Kandidat von »Einiges Russland«, mit 65,6 % der Stimmen die Bürgermeisterwahlen, bei einer Wahlbeteiligung von 20,6 %.

15.10.2012	Präsident Wladimir Putin empfängt den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Wladimir Tschurow. Tschurow berichtet über den »Einheitlichen Wahltag«. Die Kommission habe 50 Meldungen und ca. 100 Mitteilungen über Wahlverletzungen erhalten. Diese hätten das Wahlergebnis jedoch »in keiner Weise« beeinflusst.
16.10.2012	Die Moskauer Stadtverwaltung genehmigt Oppositionsversammlungen am 20. und 21. Oktober im Zentrum Moskaus zur Unterstützung der gleichzeitig stattfindenden Wahlen zum Organisationskomitee der Opposition.
16.10.2012	Präsident Putin unterzeichnet einen Erlass, wonach ab 2013 Ingenieuren und Technikern, die herausragende Leistungen bei der Entwicklung innovativer Technologien und der Ausarbeitung moderner Rüstungsmodelle erbracht haben, ein jährliches Stipendium von 350.000 bis 500.000 Rubel (ca. € 11.000–16.000) ausbezahlt werden kann.
17.10.2012	Präsident Wladimir Putin entlässt Oleg Goworun, den Minister für Regionale Entwicklung. Putin hatte Goworun am 18. September wegen Nichteinhaltung seiner Anweisungen gerügt. Zum Nachfolger Goworuns ernennt Putin Igor Sljunjajew, von 2007 bis April 2012 Gouverneur im Gebiet Kostroma.
17.10.2012	Wladimir Markin, offizieller Sprecher des Strafverfolgungskomitees, gibt die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen Sergej Udalzew (Vorwurf: »Vorbereitungen zur Organisation von Massenunruhen«) und gegen weitere Aktivisten der »Linken Front« bekannt. Als Grundlage dienen »Tatsachen« aus dem Film »Anatomie des Protests-2«, der am 05.10.2012 auf NTV ausgestrahlt wurde. Gleichzeitig finden Hausdurchsuchungen bei Udalzew, weiteren Aktivisten sowie deren Verwandten statt. Udalzew erhält die Auflage, seinen Wohnort nicht zu verlassen, sein Assistent Konstantin Lebedew wird für 48 Stunden festgenommen.
17.10.2012	Die Leitung der Kunststiftung »Rizzordi Art Foundation« verschiebt nach Protesten konservativer gesellschaftlicher Organisationen die Eröffnung der Ausstellung »Icons« des Kurators Marat Gelman in St. Petersburg von Mitte November 2012 auf Ende 2013. Die Stiftung begründet diesen Schritt mit der »ungünstigen Atmosphäre« in der Stadt.
17.10.2012	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Betrugsverfahren gegen die Organisatoren der Wahlen zum Koordinationsrat der Opposition, die am 20. und 21. Oktober stattfinden. Zur Registrierung sollten Kandidaten 10.000 Rubel (ca. € 248), Wähler bis zu 10 Rubel (ca. € 0,25) zur Kompensation der Wahlorganisation aufwenden. Bisher haben sich ca. 148.000 Wähler registriert.
17.10.2012	Das »Komitee für gesellschaftliche Initiativen«, unter Vorsitz des ehemaligen Finanzministers Alexej Kudrin analysiert die Ergebnisse der Regionalwahlen. Besorgnis erregt die geringe Wahlbeteiligung: »Wahlen werden von einer Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr als Mechanismus für zivile Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens angesehen«. Das Komitee warnt vor einer Zunahme der Politikverdrossenheit und fordert die Abschaffung von Kandidaten-Filtern und des Verbots von Wahlblöcken.
18.10.2012	Oberst Walerij Morosow, der Kommandeur der Kunstfluggruppe der Luftstreitkräfte »Mauersegler«, wird wegen Vertragsbruchs aus den Streitkräften entlassen.
18.10.2012	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew weist seinen Stellvertreter Arkadij Dworkowitsch an, die Zweckmäßigkeit einer weiteren Beteiligung Russlands am Kyoto-Protokoll zu erörtern. »Man muss zugeben, dass uns das Kyoto-Protokoll keinerlei besondere Vorteile gebracht hat«.
18.10.2012	Dmitrij Rogosin, Stellvertretender Ministerpräsident und Beauftragter für den Militär-Industriellen Komplex, erklärt bei einem Treffen mit Vertretern der parlamentarischen Versammlung der NATO, dass die Reaktion Russlands auf das von der NATO geplante Raketenabwehrsystem bisher diplomatischer Natur sei. »Unter bestimmten Bedingungen werden wir gezwungen sein, eine technische Antwort zu geben, von der ich denke, dass die Ihnen nicht gefallen wird«.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2012 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Abstracts der Artikel von Osteuropa 6–8/2012 – »Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland«

»Auge auf! Aufbruch und Regression in Russland« ist der Titel der neuen OSTEUROPA. 30 renommierte Autoren durchleuchten auf 560 Seiten ein gespaltenes Land. Sie analysieren die Ressourcen der Macht, und die Werte der Gesellschaft, schauen ins Zentrum und in die Peripherie. Sie betrachten die Rotation in der Elite und den Aufbruch der Bürger. Es geht um den Planeten Moskau und um die Krisenregion Nordkaukasus, um Energiepolitik und um die Landfrage, um Russlands Außenpolitik und die deutschen politischen Stiftungen in Russland – und um vieles mehr. Der Band hat 560 Seiten, enthält 32 Beiträge, 15 Karten, zwei Dokumente, Wirtschaftsdaten, zahlreiche Abbildungen. Der Band kostet 32,00 € und ist unter Angabe der Postadresse zu bestellen bei osteuropa@dgo-online.org

Im Einzelnen enthält der Band folgende Beiträge:

Maria Lipman

Doppelte Polarisierung

Russlands gespaltene Gesellschaft

Die Proteste, die nach den manipulierten Dumawahlen im Dezember 2011 ausbrachen, markieren einen Bruch zwischen dem Regime und einem relevanten Teil der Bevölkerung. In Russlands Metropolen hat sich eine Schicht unabhängig denkender Bürger entwickelt, die politische Mitsprache fordert. Damit stößt sie auf den Widerstand der herrschenden Elite. Gleichzeitig entfremdet sich diese moderne Bürgerschaft zunehmend von den konservativen Schichten aus den sowjetisch geprägten Kleinstädten und dem ländlichen Raum. Diese sind die Machtbasis des autoritären Putin-Systems. Russlands Entwicklung und die Aussichten auf eine Modernisierung werden von den Beziehungen zwischen den beiden Bevölkerungsteilen geprägt bleiben.

Vladimir Gel'man

Risse im System

Russlands Autoritarismus 2012

Russlands politisches System hat in der Putin-Ära alle Merkmale eines elektoralen Autoritarismus angenommen. Wahlniederlagen des herrschenden Regimes sind an sich nicht vorgesehen. Doch strategische Fehler der Machthaber und das erfolgreiche Agieren der nicht systemkonformen Opposition führten im Dezember zu diesem seltenen Ereignis. Das Regime, aber auch die Opposition sind mit ihren Strategien an ihre Grenzen gestoßen. Der Status quo ist instabil.

Richard Sakwa

Anatomie einer Blockade

Stillstand im Doppelstaat Russland

Russland ist bis heute ein klassischer Transformationsstaat. Grundsatzentscheidungen harren der Lösung. Doch das Regime ist handlungsunfähig. Die politische Ordnung ist gespalten, ein Doppelstaat entstanden. Der Verfassungsstaat mit seinen formalen Institutionen und Verfahren wird blockiert durch einen Verwaltungsstaat, in dem Gruppen ihre Interessen mit informellen Praktiken verfolgen und dadurch den Verfassungsstaat unterminieren. Liberale und traditionalistische Schichten blockieren sich gegenseitig. Die wirtschaftliche Modernisierung kommt nicht voran. Russland ist in einer Sackgasse. Ein Ausweg ist ohne die Herausbildung eines gesellschaftlichen Konsens und die Rückkehr zum Verfassungsstaat nicht möglich – mit oder ohne Putin.

Lev Gudkov

Sozialkapital und Werteorientierung

Moderne, Prämoderne und Antimoderne in Russland

Das Vertrauen, das sich Menschen entgegenbringen, bildet das Sozialkapital. Es schlägt sich in Regeln, Institutionen und politischen Erwartungen nieder. Diese sind in Russland nicht überall gleich, denn das Land ist kein einheitli-

cher politischer und sozioökonomischer Raum. Vielmehr handelt es sich um eine Ansammlung von Enklaven. Drei Typen von Sozialkapital lassen sich unterscheiden. Das moderne in den Millionenstädten europäisiert sich rapide. Das prämoderne im ländlichen Raum degradiert. Von ihm gehen keine politischen Impulse aus. Die Zukunft Russlands wird sich im antimodernen Segment entscheiden. Es ist von der sowjetischen Wirtschaftsstruktur und den Werten am stärksten geprägt. Diese Sowjetmenschen, russische Nationalisten und orthodoxe Fundamentalisten bilden die soziale Basis des Putin-Regimes. Die autoritäre Ordnung versucht, jeden Ansatz von Wandel zu unterdrücken. Doch im antimodernen Segment brauen sich soziale Konflikte zusammen.

Boris Dubin

Ende der Alternativlosigkeit

Russlands Gesellschaft im Übergang

Das Herrschaftssystem, das sich im vergangenen Jahrzehnt in Russland herausgebildet hat, ist in einer Legitimationskrise. Die Formen der bisherigen Interaktion von Staatsmacht und Volk funktionieren nicht mehr. Das Bild, das Putins Apologeten zur Rechtfertigung der autoritären Ordnung gezeichnet haben, hat Risse bekommen. Die Stabilität, die Alternativlosigkeit und die breite homogene Unterstützung erweisen sich als Fiktion.

Hans-Henning Schröder

Ein Land wie jedes andere in Europa . . .

Russland und Deutschland im Wertevergleich

Internationale Umfragen zeigen, dass Russlands Bevölkerung »westlicher« eingestellt ist, als es nach dem Selbstbild und dem Fremdbild den Anschein hat. Russische und deutsche Bürger verstehen Politik und Demokratie ähnlich. In Russland misstrauen die meisten Menschen dem Rechtssystem und wünschen sich einen starken Führer. Wertedifferenzen gibt es in Bezug auf Sexualität und Moral: Die meisten Russen lehnen Homosexualität entschieden ab. Die Vorstellung eines »russischen Sonderwegs« trifft nicht zu. Russland befindet sich in einer nachholenden Entwicklung, die andere Staaten in Europa bereits durchlaufen haben.

Benno Ennker

Putin und seine Freunde

Die Elite und die Bruchstellen der Macht

Seit seiner ersten Wahl zum Präsidenten im Jahr 2000 hat Vladimir Putin systematisch die Schlüsselstellungen in Russlands Verfassungsorganen und in der Verwaltung neu besetzt. Die Führungspersonen stehen in einem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zu ihm. Dadurch ist eine Klientelbürokratie entstanden. Doch diese ist keineswegs homogen. Insbesondere der ungleiche Zugang zu Ressourcen, der die Chance zur Bereicherung bietet, nährt Interessenkonflikte. Putins Legitimitätsverlust seit Dezember 2011 und die Erosion der subjektiven Herrschaftsfähigkeit der Elite sind eine Gefahr für die Stabilität des Regimes. Die nach Putins Inthronisation am 7. Mai 2012 einsetzenden Repressionen haben eine Nebenfunktion. Sie zielen auch auf die Disziplinierung der Putin-Elite.

Stephen Fortescue

(Ohn-)Macht?

Russlands Rohstoff-Magnaten

Es gilt als eines der Kernelemente des Putin-Systems, dass er die Macht der Oligarchen gebrochen habe. Diese These ist so nicht haltbar. Zwar mussten einige Großunternehmer ins Exil, und an Michail Chodorkovskij wurde ein Exempel statuiert. Doch die meisten Rohstoff-Magnaten haben weiter eine wichtige Position. Ihre Konzerne sind essentiell für Russlands Volkswirtschaft. In der operativen Unternehmensführung sind sie weitgehend unabhängig. Und sie sind keineswegs vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen. Daraus folgt aber auch, dass mit ihnen nicht als treibenden Kräften eines Umbruchs in Russland zu rechnen ist.

Shamil Yenikeyeff

Privatisierungspläne, Machtkämpfe, Instabilität

Russlands Ölindustrie in der Putin-Krise

Die Ölindustrie Russlands geht schwierigen Zeiten entgegen. Zur schlechten Lage auf dem Weltmarkt kommt die politische Instabilität in Russland. Beides verschärft in der Moskauer Führungsriege den Machtkampf um den Umgang mit diesem Schlüsselsektor. Die Liberalen plädieren für Privatisierung, die Konservativen hintertreiben diese Pläne. Es geht um zentrale Fragen: die Transformation von politischem in ökonomisches Kapital und die Sicherung von Eigentumsrechten.

Joachim Willems

Die Russische Orthodoxe Kirche

Stütze der Macht und Spiegel der Gesellschaft

Obwohl Russland ein »weltlicher Staat« ist, hat die Russische Orthodoxe Kirche eine besondere Stellung inne. Sie ist die größte Religionsgemeinschaft in Russland. Kirche und Politik sind eng verbunden. Die politische Führung erwartet von der Kirche, durch ihre Werte und Normen einen Beitrag zur Identitätsstiftung und Integration der Gesellschaft zu leisten. Im Gegenzug unterstützt die Kirchenführung das Putin-System. Nach den Dumawahlen im Winter 2011/12 übten einzelne Priester öffentlich Kritik an den Wahlfälschungen. Sie demonstrieren damit den Pluralismus in der Russischen Orthodoxen Kirche.

Il'ja Kukulin

Ressource Ressentiment

Internet-Subkultur und Politmarketing

Ein Teil der Subkulturen des russischen Internets unterstützt heute offen und aggressiv das Regierungslager. Insbesondere sind dies die sogenannten *padonki* (»Prolls«), die mit ihrer falschen Orthographie und obszönen Lexik früher gezielt provozierten, deren Wortschöpfungen heute aber Teil der Populärkultur geworden sind. Der scheinbare Widerspruch zwischen dem einst rebellischen Auftreten dieser Gruppen und ihrer heutigen staatsnahen Position löst sich bei näherer Betrachtung auf. Zur psychosozialen Disposition der *padonki* gehörte von Beginn an das Ressentiment. Das herrschende Regime hat sich diese Disposition erfolgreich zunutze gemacht und profitiert heute mit von der Bekanntheit der ehemaligen »Prolls«.

Kerstin Holm

Staat und Furcht

Putin, die Kirche und die Kunst kunstfreier Kunst

Russland ändert seinen Aggregatzustand. Im Winter blickte die Welt auf Moskau. Anarchisten und Monarchisten, Demo-Muffel und Demokraten waren auf der Straße. Das Machtkartell um Putin war eine Schrecksekunde lang geschockt. Die Tränen des designierten Präsidenten waren noch nicht getrocknet, da ging der Kreml zum Gegenangriff über. Seither erteilen OMON-Kämpfer und willfährige Gerichte mit geistlich-moralischem Beistand der Kirche den Aufmüpfigen Nachhilfe in Furcht. Patriarch Kirill preist Putin als »Wunder Gottes«. Kein Wunder, dass in diesem Klima *Pussy Riot* mit einem Punk-Gebet, das von Begabung völlig frei war, das Wesen des Putin-Staates offenlegen konnte.

Dokumentation *Pussy Riot*

»Atmet mit uns den Duft der Freiheit!«

Plädoyer der Angeklagten N. Tolokonnikova

Pussy Riot macht Oppositionskunst oder auch Politik mit den Mitteln der Kunst. Wir wollten aufrichtig und klar sein, in unseren Punkauftritten sind wir daher Narren in Christo. Inbrunst, Offenheit und Naivität stehen über Heuchelei, Schläue und vorgetäuschem Anstand, der Verbrechen verdecken soll. Die führenden Personen des Staates zeigen in der Kirche ein »korrektes« Gesicht, doch mit dieser Heuchelei sündigen sie weit mehr als wir.

Dokumentation Genri Reznik

»Damit jeder weiß, was verboten ist«

Eine Einlassung zum Urteil gegen *Pussy Riot*

Der Auftritt der Damen von *Pussy Riot* in der Christ-Erlöser-Kathedrale verstieß gegen Paragraph 5.26 des Ordnungswidrigkeitengesetzes: »Verletzung der religiösen Gefühle anderer Mitbürger«. Ordnungswidrigkeiten können jedoch höchstens mit einer Geldbuße von 10 Mindestlöhnen oder 15 Tagen Haft bestraft werden. Das Gericht, vor dem gegen Nadežda Tolokonnikova, Ekaterina Samucevič und Maria Alechina verhandelt wurde, hatte daher die Aufgabe, eine Ordnungswidrigkeit als Straftat auszulegen. Die Urteilsbegründung missachtet zahlreiche Grundlagen der Strafprozessordnung. Das Gericht hat die Zone der Legalität fluchtartig verlassen.

Dmitrij Golyenko

Das Ende der Apathie

Russlands Protestbewegungen

Russlands Gesellschaft ist erwacht. Nach zwei Jahrzehnten des Stillstands ist seit Dezember 2011 der politische Mensch zurück auf der Bühne. Der effiziente Manager – die Kultfigur der Putin-Dekade – ist in der Defensive. An die Stelle der postsowjetischen Melancholie tritt eine eminent politische Kunst des Protests, die an die historischen Traumata der postsowjetischen Gesellschaft rührt. Umso härter reagiert der Staat.

Elena Panfilova

Zwang zur Transparenz

Russland und die Geißel der Korruption

Unter Präsident Medvedev schien es, als würde die endemische Korruption in Russland endlich bekämpft. Gesetze wurden reformiert, staatlichen Behörden mehr Transparenz verordnet. NGOs, die sich gegen Korruption engagieren, fanden Gehör. Doch de facto hat sich nichts verändert. Die Korruption, insbesondere in den höheren Kreisen der Macht, besteht fort. Russland weigert sich, Schlüsselemente internationaler Antikorruptionskonventionen in nationales Recht umzusetzen, und schützt so die unerlaubte Bereicherung eigener Amtsträger. Korrupte Praktiken sind härter geworden: Unternehmer und einfache Bürger werden Opfer erpresserischer Übernahmen. Doch in der Gesellschaft regt sich Widerstand. Immer weniger sind die Menschen bereit, die Korruption hinzunehmen. An die Stelle von Fatalismus und Resignation rückt Mündigkeit.

Nikolaj Petrov

Föderales Pendel

Zentrum und Regionen in Russland

In der Beziehung zwischen Zentrum und Regionen sowie in den politischen und wirtschaftlichen Prozessen auf regionaler Ebene spiegelt sich die Entwicklung Russlands. Im Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Regionen schlug das Pendel seit dem Jahr 2000 stetig in Richtung Zentrum aus. Die Putinsche Zentralisierung des Staates und der Aufbau der Machtvertikalen zur Kontrolle der Regionen haben zu einem hypertrophen Einheitsstaat geführt. Der Preis sind hohe Steuerungsverluste. Es gibt Indizien, dass die Regionen wieder an Bedeutung gewinnen. Russland muss von seinem Scheinföderalismus abkehren, ohne die Fehler der 1990er Jahre zu wiederholen.

Natal'ja Zubarevič

Russlands Parallelwelten

Dynamische Zentren, stagnierende Peripherie

Russland besteht aus drei Parallelwelten. In den modernen Großstädten, den sowjetisch geprägten Industriestädten und im ländlichen Raum lebt jeweils ein Drittel der Bevölkerung. In Moskau und St. Petersburg sowie in den zwölf weiteren Millionenstädten ballen sich Politik und Wirtschaft, Zuwanderung und Modernisierung prägen das Bild. Hier findet ein rascher Wertewandel statt, die gebildete Bevölkerung verlangt politische Reformen. Das herrschende Regime stützt sich jedoch bislang auf die Bevölkerungsmehrheit aus den mit staatlichen Geldern alimentierten alten Industriestädten und den patriarchalisch orientierten peripheren Räumen.

Michail Blinkin

Festgefahren

Moskaus Verkehr – ein Spiegel der Gesellschaft

Moskau steckt im Stau. Die Infrastruktur der Stadt konnte mit der rasanten Motorisierung nicht mithalten. Westliche Konzepte der Verkehrsplanung sagen: Das Mobilitätsverhalten der Menschen muss gesteuert werden, der Öffentliche Nahverkehr attraktiv, Autofahren unattraktiv gemacht werden. Doch dieses Rezept allein wird Moskau nicht helfen. Zusätzlich muss das Straßennetz erheblich ausgeweitet und effizienter gemacht werden. Und: Die automobile Ständegesellschaft muss abgeschafft werden, statt Privilegien für die Oberen muss es Regeln geben, die für alle gelten.

Emil Souleimanov

Krisengebiet Nordkaukasus

Anatomie des islamistischen Aufstandes

Der Nordkaukasus ist eine Region höchster ethnischer Vielfalt. Seit zwei Jahrzehnten ist er einer der gewaltträchtigsten Räume Russlands. Zunächst hatte die tschetschenische Nationalbewegung nach Unabhängigkeit gestrebt. Doch sie wurde in zwei Kriegen unterworfen. Mittlerweile ist auf dem fruchtbaren Nährboden gravierender sozioökonomischer Probleme im Nordkaukasus eine islamistische Aufstandsbewegung entstanden. Ein politisierter Islam dient ihr als ideologisches, identitätsstiftendes Fundament. 2007 proklamierten die Anführer ein »Kaukasus-Emirat«. Russland sucht ein Konzept, um der Ausbreitung des Dschihads Einhalt zu gebieten.

Martin Müller

Think big!

Das Großprojekt Soçi 2014

Die Olympischen Winterspiele in Soçi 2014 sind nur eines in einer Reihe von neuen Großprojekten in Russland. Mehr als andere Projekte gelten sie jedoch als persönliches Anliegen Vladimir Putins. Sie sollen nach innen die Utopie von Modernität vermitteln und nach außen Russlands Großmachtanspruch unterstreichen. Anspruch und Wirklichkeit klaffen jedoch weit auseinander: Die öffentlich proklamierten Ziele wird Russlands Führung mit dem Projekt nicht erreichen können.

Peter Lindner, Alexander Vorbrugg

Wiederkehr der Landfrage

Großinvestitionen in Russlands Landwirtschaft

Das Interesse privater Unternehmen an Agrarland in Russland ist in den letzten fünf Jahren rasant gestiegen. Investoren aus dem In- und Ausland erwerben in großem Maßstab Land. Diese Käufe gehen mit einer tiefgreifenden Neuordnung der lokalen politischen Ökonomien einher. Trotz Privatisierung und Reform der kommunalen Selbstverwaltung gelten informelle Arrangements aus der Sowjetunion bis heute. Landwirtschaftliche Betriebe haben Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge übernommen. Profitorientierte Investoren brechen mit dieser Praxis. Das ist für die Bewohner der Dörfer und Gemeinden hochproblematisch. Zwei Fallstudien zeigen unterschiedliche Strategien im Umgang mit den Investoren.

Lilija Ovčarova

Reformbedarf

Russlands Rentensystem

Die Altersrente spielt eine Schlüsselrolle für die soziale Lage in Russland. Die Hälfte aller Haushalte bezieht direkt oder indirekt Rentenzahlungen. In den vergangenen Jahren wurden die Renten erheblich angehoben. Gleichzeitig ist die Lage des Rentensystems prekär. Jährlich gibt es hohe Defizite, die durch Zuschüsse aus dem allgemeinen Staatshaushalt ausgeglichen werden müssen. Dies macht die Gesellschaft vom Staat abhängig und das Rentensystem insgesamt anfällig für Schwankungen der Haushaltslage, die ihrerseits von dem höchst volatilen Ölpreis auf den internationalen Rohstoffmärkten abhängt. Die Schaffung eines selbsttragenden Sozialversicherungssystems ist daher ein zentrales Modernisierungsprojekt für Russland.

Christian Mahler, Gianguido Piani

Energieeffizienz in Russland

Lackmustest der Modernisierung

Russland ist einer der größten Energieverbraucher der Welt. Die Energieverschwendung ist immens. Bis zu 40 Prozent des Primärenergieverbrauchs ließen sich einsparen. Zwar hat die Steigerung der Energieeffizienz Eingang in Russlands Energiestrategie gefunden. Doch an der Umsetzung hapert es. Der Umbau der energieintensiven Volkswirtschaft kommt nicht voran. Strukturelle Hindernisse stehen einer höheren Energieeffizienz im Wege. Die Gaspreise für Industrie und Privatverbraucher sind reguliert. Dadurch fehlt es an Marktanreizen, effizienzsteigernde Technologien einzuführen. Besonders wichtig ist der Gebäudesektor. Etwa die Hälfte des hier eingesetzten Gases geht durch Wärmeverluste verloren. Das entspricht Deutschlands jährlichem Gesamtgasverbrauch.

Fedor Kudrjavcev

Plan ohne Plan

Das Projekt »Groß-Moskau«

Moskau wächst. Im Juli 2012 ist die Stadtfläche zulasten des Gebiets Moskau auf 250 000 Hektar verdoppelt worden. Den Anstoß hatte ein Jahr zuvor Präsident Medvedev gegeben. Er kündigte an, große Teile der staatlichen Behörden Russlands würden vor die Tore Moskaus verlagert, wo auch ein internationales Finanzzentrum entstehen solle. Wie das zentrale Problem des Moskauer Ballungsraums – der Verkehrskollaps – damit gelöst werden soll, verriet er nicht. Immerhin soll ein internationaler Wettbewerb nun Ideen liefern. Doch die Gefahr ist groß, dass es keinen Raumentwicklungsplan geben und stattdessen die Baulobby ein unkontrolliertes Wachstum der Stadt vorantreiben wird.

Hannes Adomeit

Integrationskonkurrenz EU–Russland

Belarus und Ukraine als Konfliktfelder

Die Europäische Union und Russland bezeichnen ihre Beziehungen als »strategische Partnerschaft«. Kooperation und Konflikt existieren nebeneinander. Doch insbesondere in der gemeinsamen Nachbarschaft ist eine Integrationskonkurrenz im Gange. Die EU versucht, mit der Östlichen Partnerschaft Werte, Normen und Praktiken zu exportieren. Russland bemüht sich mit zahlreichen Projekten um eine Re-Integration des postsowjetischen Raumes. Die Fälle von Belarus und der Ukraine zeigen, dass Moskau deren Selbstisolation, wirtschaftliche Schwäche sowie die Abhängigkeit von billigen Energielieferungen aus Russland zu nutzen versucht, um sie enger an sich zu binden. Die Integrationsprojekte der EU und Russlands schließen sich gegenseitig aus.

Mark N. Katz

Partnerschaft mit Grenzen

Russland und Iran

Russland gilt als Partner des Iran. Mit Moskauer Hilfe wurde das Atomkraftwerk Bushehr fertiggestellt. Russland und China haben im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wiederholt die Verhängung von Sanktionen verhindert, die Iran zum Einlenken in der Atomfrage bewegen sollten. Doch ist Russlands Iranpolitik widersprüchlich. Teheran erwartet mehr, als Moskau zu leisten bereit ist. In einigen Politikfeldern existieren offene Konflikte zwischen den Nachbarn.

Kirsten Westphal

Strategisch und verlässlich?

Russland als Erdgaslieferant

Die internationalen Energiebeziehungen stehen im Spannungsfeld von Wirtschaft und Politik. Geschäftsinteressen von Konzernen und Machtprojektionen von Staaten sind eng miteinander verflochten. So kann Energiesicherheit weder einseitig geopolitisch noch ausschließlich als Funktion von offenen Märkten verstanden werden. Das gilt auch für die Erdgaslieferungen aus Russland nach Europa. Ein genauer Blick zeigt: Fundamentale Veränderungen auf dem europäischen Erdgasmarkt wie in Russlands Erdgassektor haben die eingespielten Erdgasbeziehungen aus dem Lot gebracht. *Gazprom* hat Verhandlungsmacht hinzugewonnen, seine Zukunft ist allerdings ungewiss.

Roland Götz

Mythen und Fakten

Europas Gasabhängigkeit von Russland

Ende 2012 wird der zweite Strang der *Nord Stream*-Gaspipeline in Betrieb gehen. Die Debatte über Erdgas aus Russland dürfte damit wieder aufflammen. Zwei Positionen konkurrieren. Die eine lautet: Erdgasbeziehungen sind kommerzielle Aktivitäten zum Nutzen von Produzent und Importeur, Abhängigkeiten sind wechselseitig. In Politik und Öffentlichkeit ist hingegen die Ansicht weit verbreitet, nur die EU sei von Russland abhängig. Nachdem der Erdgas-konflikt zwischen Russland und der Ukraine mehrfach eskaliert ist, was kurzfristig zu Liefereinstellungen geführt hat, werden Gaslieferungen aus Russland zunehmend als Sicherheitsproblem diskutiert. Das ist unhaltbar.

Evgenija Bakalova, Hans-Joachim Spanger

Mühsame Rückkehr

Russlands Engagement in der Entwicklungspolitik

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich Russland aus der Entwicklungspolitik zurückgezogen. Die wirtschaftliche Erholung der letzten Jahre ermöglicht es nun, in ausgewählte Weltregionen zurückzukehren. Russlands Entwicklungspolitik schwankt zwischen zwei Polen: Einerseits ist sie nüchterne Interessenpolitik, andererseits orientiert sie sich an universalen Standards, da Moskau ein Zentrum einer multipolaren internationalen Ordnung sein möchte. Bislang ist Russlands Entwicklungspolitik weitgehend multilateral eingebettet. Für die angestrebte bilaterale Entwicklungszusammenarbeit fehlen die Infrastruktur und die gesellschaftliche Unterstützung.

Stefan Meister

Entfremdete Partner

Deutschland und Russland

Die Präsidentenrochade und der Abschied von Medvedevs Modernisierungsplänen werden die Entfremdung zwischen Deutschland und Russland verstärken. Die Modernisierungspartnerschaft hat nur begrenzte Resultate erzielt. Zu unterschiedlich sind die Erwartungen. Deutschland möchte wirtschaftliche und politische Modernisierung. Russland ist nur an Technologietransfer interessiert. In Deutschland geht das Interesse an Russland zurück. Es mangelt an einer Vision für die Zukunft. Russland droht seinen wichtigsten Fürsprecher in der EU zu verlieren. Doch der Umbruch in Russland bietet die Gelegenheit, neue Partner für die Modernisierung in Russland zu finden. Berlin sollte seine Russlandpolitik neu ausrichten. Wichtig sind mehr Realismus gegenüber den Interessen der Elite in Moskau und Offenheit für die dortige Zivilgesellschaft.

Gemma Pörzgen

Kräftereservoir

Die deutschen politischen Stiftungen in Russland

In ihren Anfängen war die Arbeit der politischen Stiftungen in Russland eine Pioniertat. Heute stehen die Auslandsbüros für eine einzigartige Kontinuität in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Sie organisieren Begegnungen und diskutieren Themen von A wie Außenpolitik bis Z wie zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit. Sie fördern Umweltjournalismus und NGOs, widmen sich der Aufarbeitung der Vergangenheit oder dem Religionsunterricht in den Schulen. Und sie laden Experten ein. Dank dieser Aktivitäten sind Kontakte vertieft worden, die das Fundament einer aktiven deutschen Russlandpolitik sein könnten. Doch derzeit fehlt es an Strategien und Engagement, um diese einzigartige Soft Power für die deutsche Russlandpolitik stärker zu nutzen.

Manfred Sapper

Niedergang und Neuanfang

Die Krise der deutschen Russlandexpertise

Die Russlandexpertise der deutschen Ökonomen, Politologen und Soziologen ist bedrohlich gering. Das ist das Ergebnis von falschen wissenschaftspolitischen Entscheidungen. Nach 1991 galt Osteuropakompetenz als überflüssig. Institute wurden geschlossen, Lehrstühle umgewidmet. Heute sind weder Universitäten noch Institute fähig, aktuelle Ent-

wicklungen in der Innen- und Außenpolitik, der Wirtschaft und Gesellschaft Russlands einzuordnen, zu erklären und Handlungsoptionen zu entwickeln. Die Ausbildung von Nachwuchs mit Russlandprofil findet praktisch nicht mehr statt. Das alles schadet wichtigen gesellschaftlichen und politischen Interessen Deutschlands. Ein Neustart in der Regionalforschung ist nötig: Nach dem Vorbild von Polen und Finnland braucht Deutschland ein interdisziplinäres Russlandzentrum.

Burkhard Bischof

Wege aus der Russland-Flaute

Andere Themen, neue Perspektiven

Die Klage, über Russland werde zu wenig und mangelhaft berichtet, ist berechtigt. Doch die immergleichen Themen wie Stagnation, Korruption und Modernisierungillusion nähren die Russlandmüdigkeit. Diese führt zu weniger Berichten über Russland. Wer diesen Teufelskreis durchbrechen will, muss neue Wege einschlagen. Autoren in der großen Tradition der polnischen Reportage zeigen, wie es geht. Sie beschreiben Russland von der Peripherie und von unten. Wer dann noch das Zentrum Moskau aus ungewohnter Perspektive analysiert, bläst frischen Wind in die Segel seriöser Berichterstattung.

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de